

# Die Wirtschaft nach der Krise

Die Anfang 2020 von der chinesischen Stadt Wuhan ausgegangene Pandemie, die sicher in Zukunft unter dem Namen „Corona“ firmieren wird, veranlasste die politischen Entscheidungsträger fast aller Staaten Asiens, Europas, Nordamerikas und sogar über diese Kontinente hinaus, schwerwiegende und weitreichende Verfügungen zu erlassen. Vorrangiges Ziel war,

- die Zahlen der schwer oder gar tödlich an Corona Erkrankten möglichst niedrig zu halten,
- die Gesundheitssysteme der Staaten vor einem Kollaps wegen zu starker Beanspruchung zu bewahren und
- Zeit zu gewinnen, um
  - o die heimtückische Eigenart des Virus besser kennenlernen,
  - o dieses Wissen mit umfangreichen Testungen untermauern und
  - o Vorbereitungen für die Erzeugung wirksamer Medikamente und Impfstoffe treffen zu können.

Die Verfügungen bestanden unter anderem in Einschränkungen der Versammlungs-, der Bewegungs- und der Erwerbsfreiheit. Sie bewirkten in weiten Bereichen umfassende Verkürzungen, zum Teil sogar völlige Einstellungen wirtschaftlichen Agierens. Rebus sic stantibus dürften sich Lockerungen dieser Einschränkungen über Monate hinziehen. Deren völlige Aufhebung ist – jedenfalls in Österreich, und auch nur dann, wenn keine erneute exponentielle Zunahme der Infektionen stattfindet – frühestens in den Sommermonaten, wahrscheinlich aber erst im Herbst zu erwarten.

Im gegenwärtigen Stadium, Mitte April 2020, da erst zaghafte Schritte der Lockerung gesetzt werden, wäre es vermessen, ein endgültiges Szenario für das Wirtschaftsleben nach der Krise entwerfen zu wollen. Dennoch versucht der *Wiener Wirtschaftskreis*<sup>1</sup> mit Unterstützung seines Expertenteams, Überlegungen anzustellen, die für Maßnahmen, welche die Entscheidungsträger in den kommenden Tagen, Wochen und Monaten zu treffen haben, als Richtschnur dienen können.

Der vorliegende, dem Anhang vorangestellte Überblick<sup>2</sup> soll als vorläufige (17. April 2020) Analyse und Grundlage für die im Anhang vorgelegte Ideensammlung verstanden werden. Es versteht sich von selbst, dass beide, Überblick und Ideensammlung, steter Ergänzung, Korrektur und Abrundung bedürfen.

## **Bedenkliche Auswirkungen**

Manche Krisen der Menschheitsgeschichte verliefen ohne merkliche und nachhaltige Änderung des gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Lebens. So hatte zum Beispiel der Siebenjährige Krieg, der von 1756 bis 1763 in Mitteleuropa, Portugal, Nordamerika, Indien, der Karibik sowie auf den Weltmeeren wütete und mit mehr als einer halben Million Gefallener von Historikern gelegentlich als Weltkrieg bezeichnet wurde, die politischen Gewichte zwar verschoben, aber nicht in den Grundfesten erschüttert, sowie die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Wesentlichen bewahrt<sup>3</sup>.

Beispiele wie das genannte könnten zur Annahme verleiten, nach der endgültigen Überwindung von Corona werde sich alles wieder so einrichten, wie es vor Corona war.

Gewichtiges spricht jedoch dagegen, dass diese Annahme zutrifft:

---

<sup>1</sup> <https://www.wko.at/Content.Node/kampagnen/wiener-wirtschaftskreis/start.html>

<sup>2</sup> verfasst von Rudolf Taschner, Leiter des Wiener Wirtschaftskreises

<sup>3</sup> cf. Marian Füssel: *Der Siebenjährige Krieg. Ein Weltkrieg im 18. Jahrhundert*. C. H. Beck Verlag, München 2010

Die Maßnahmen der Regierungen der im Weltwirtschaftsgeschehen maßgebenden Staaten waren so rigide und so umfassend, dass sie in Friedenszeiten über Jahrhunderte hinweg keine Vergleiche kennen. Wiewohl sie scheinbar den Lebensumständen keine unzumutbaren Beschwerneisse in körperlicher, geistiger oder seelischer Hinsicht aufbürdeten – oberflächlich betrachtet mutete es an, man wäre bloß zu einer Art „Aufenthalt zu Hause“-Pause mit Ausgangs- und Kontaktbeschränkungen genötigt worden –, waren diese Maßnahmen dennoch außerordentlich einschneidend. An einigen Aspekten mit möglicherweise *bedenklichen Auswirkungen* sei dies aufgezeigt:

„*Social Distancing*“: Aus sachlich nachvollziehbaren und gerechtfertigten Gründen war es plötzlich nicht mehr selbstverständlich, einander die Hände zum Gruße zu reichen, unbefangen neben Fremden im öffentlichen Bereich Platz zu nehmen, seelischen Gleichklang mit der Erfüllung des Bedürfnisses nach körperlicher Nähe zum Ausdruck zu bringen. Zwar wurde man nicht zu „sozialer Distanz“, sondern bloß zu „physischer Distanz“ angehalten, aber die dafür falsche Wortwahl<sup>4</sup> „social distance“ verrät, dass damit ein sozialer Rückzug verbunden ist, der für lange Zeit Spuren hinterlassen wird.

*Gesellschaftlicher Zusammenhalt*: Im Verlauf der gesundheitlichen Krise wurde in den Medien wie seit Jahrzehnten noch nie so achtsam, so viel und regelmäßig Positives, Wertschätzendes, Ermutigendes über Solidarität und Hilfsbereitschaft berichtet<sup>5</sup>. Dass dieser bemerkenswerte gesellschaftliche Zusammenhalt andauert, ist jedoch leider zweifelhaft. Es gilt vielmehr der Gefahr zu begegnen, dass nach Erholung von der gesundheitlichen Krise Interessen einzelner Gruppen zu dominieren beginnen und angesichts drohender sozialer und wirtschaftlicher Verwerfungen billige Schuldzuweisungen eine hartnäckige gesellschaftliche Zerklüftung bewirken.

*Einschränkung bürgerlicher Freiheiten*: Nach Überwindung der gesundheitlichen Krise aufgrund gesetzlich gedeckter und sachlich gerechtfertigter Verfügungen in einer Ausnahmesituation zeichnet sich folgende Bedrohung ab: Entscheidungsträger könnten versucht sein, auch dann – und dies mit Zustimmung einer breiten Mehrheit – bürgerliche Freiheiten einzuschränken, wenn dies nicht, wie im Falle von Corona, aus evidenten sachlichen Gründen zwingend und von vornherein zeitlich begrenzt ist, sondern von einer ideologischen Strömung oder von einflussreichen und demagogisch agierenden Interessensgruppen befördert wird. Eine schier atemberaubende Stellungnahme<sup>6</sup> des Publizisten und Philosophen Richard David Precht, der von einem Staat schwärmt, „der verbietet, der einschreitet, der klare Grenzen setzt, der kontingentiert“, beweist, wie unversehens diese Bedrohung schlagend werden könnte.

*Stärkung des Staates*: „Der Ausbruch des Coronavirus scheint den Lauf der Geschichte umzukehren. Vorbei sind die Globalisierung und die europäische Integration. Zurück ist der heldenhafte Kampf der Staaten um das nationale Überleben.“ So<sup>7</sup> Jan Zielonka, Professor für Politik und Internationale Beziehungen an der Universität Venedig. Und die FAZ-Journalistin Birgit Spießhofer sekundierte<sup>8</sup>: „In der Krise ertönt der Ruf, die Produktion wieder in den territorialen Souveränitäts- und Steuerungsbereich des eigenen Landes zu verlagern.“ Dem berühmten Wort<sup>9</sup> Carl Schmitts gemäß belegte die Coronakrise: nicht supranationale Institutionen wie die Europäische Union haben das Heft der Souveränität in der Hand, sondern die Nationalstaaten. Offensichtlich verschiebt die Krise die Maßstäbe dafür, die Gewichte von Einzelstaaten mit dem Gewicht einer übergeordneten Institution auszutariieren.

---

<sup>4</sup> cf. Wolfgang Mazal: *Soziale Distanz? Falsch!* Die Furche vom 25. 3. 2020

<sup>5</sup> cf. Bernd Marin im Dialog mit Michael Miskarik: *Leben im „Corona-Camp“*. Kurier vom 12. 4. 2020

<sup>6</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=dbYfVuifHic>, cf. <https://www.wir-ernten-was-wir-saeen.de/corona-macht-alles-moeglich>

<sup>7</sup> cf. Jan Zielonka: *Schlechte Nachrichten für Nationalisten*. Die Zeit vom 24. 3. 2020

<sup>8</sup> cf. Birgit Spießhofer: *Die Stunde des Nationalstaats*. Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 8. 4. 2020

<sup>9</sup> „Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet.“

*In Kauf genommene globale Rezession:* Einzigartig in der Weltgeschichte ist, dass in Friedenszeiten zugunsten des höheren Ziels, Leben von vielen zu schützen, absichtlich ein rasanter Abschwung der Wirtschaft herbeigeführt wird. Die Folgen, so schrieb kürzlich Josef Urschitz, werden dramatisch sein<sup>10</sup>: „Wir werden (...) sehr hohe Arbeitslosenzahlen sehen, vor allem dort, wo (zeitlich allerdings nicht unbegrenzt mögliche) Abfederungen à la Kurzarbeit nicht großflächig eingesetzt werden. Das wird die Sozialnetze zum Zerreißen spannen. Wir werden eine nie dagewesene Insolvenzwelle erleben, die vor allem die mittelständische Wirtschaft schwer belasten wird. Und wenn das Ganze dann vorbei ist, fangen die Probleme erst richtig an: Dann wird sehr viel umlaufendes Geld auf ein sehr verknapptes Warenangebot treffen, was entsprechende Auswirkungen auf die Preisbildung hat. Uns droht also, anders als in der Finanzkrise nach 2009, ein breit gestreuter echter Wohlstandsverlust.“

Nicht von ungefähr setzte Egon Friedell in seinem großen Geschichtswerk<sup>11</sup> den Beginn der Neuzeit mit der Schwarzen Pest an. Es war – wie Corona – eine, von Asien kommend, sich zwischen 1346 und 1353 über den gesamten europäischen Kontinent verbreitende Epidemie, die eine Zeitenwende verursachte. Gottlob werden die Todeszahlen bei Corona höchstens im Promillebereich an jene der Schwarzen Pest heranreichen. Doch damals war die Welt einfacher und robuster. Heute ist sie in ihrer gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verflochtenheit weitaus fragiler. Und heimtückisch ist das Coronavirus allemal. Deshalb wird ähnlich wie damals im 14. Jahrhundert die Zeit nach Corona anders sein als die Zeit vor Corona.

Und es wird von verantwortungsbewusster, weitsichtiger und entscheidungsstarker Politik abhängen, ob die oben genannten bedenklichen Auswirkungen schlagend werden oder nicht.

### **Vorsicht vor übertriebenen Erwartungen**

Matthias Horx veröffentlichte in einem Artikel<sup>12</sup>, der in den Medien weite Verbreitung fand, eine Prognose, wie sich „die Welt nach Corona“ gestalten werde. Darin behauptet er unter anderem, dass die zuvor zunehmende vermisste „gesellschaftliche Höflichkeit“ wieder ansteigen werde, dass eine neue Kultur der Erreichbarkeit und Verbindlichkeit entstehen werde, dass der „große Technik-Hype“ enden und sich die „Aufmerksamkeiten wieder mehr auf die humanen Fragen“ konzentrieren werde, dass in der Welt nach Corona „Vermögen plötzlich nicht mehr die entscheidende Rolle“ spielen werde, weil „gute Nachbarn und ein blühender Gemüsegarten“ als wichtiger erkannt werden.

Bei nüchterner Betrachtung der Umstände sollte man die Voraussagen von Matthias Horx in die Welt der blühenden Phantasie verbannen. Alle Erfahrung lehrt, dass extreme Ausnahmesituationen wie Kriege oder auch Krisen, wozu die gegenwärtige Coronakrise zählt<sup>13</sup>, nie dazu taugten, menschliche Tugenden nachhaltig, insbesondere nach Überwindung des Ausnahmezustandes, zu veredeln.

Insbesondere übersieht Matthias Horx, dass die Coronakrise schon vor ihr schwelende und nicht bewältigte Probleme wie

- die demographische Explosion Afrikas verbunden mit Einwanderungswellen,
- die Energie- und Umweltproblematik,

---

<sup>10</sup> cf. Josef Urschitz: *Jetzt stecken wir endgültig in der neuen Weltwirtschaftskrise*. Die Presse vom 15. 4. 2020

<sup>11</sup> Egon Friedell: *Kulturgeschichte der Neuzeit*. Verlag C.H. Beck, München 2007

<sup>12</sup> Matthias Horx: *Die Welt nach Corona*. U.a. in den Vorarlberger Nachrichten vom 22. 3. 2020

<sup>13</sup> Nur in diesem Sinn ist dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron recht zu geben, wenn er in seiner am 16. 3. 2020 an die Nation gehaltenen Rede mit dem sechsmal martialisch wiederholten Wort „Nous sommes en guerre“ die Coronakrise einem Krieg gleichsetzt. Ansonsten ist Rudolf Burger zuzustimmen, der meinte: „Die Kriegsmetaphorik, die Macron eröffnet hat, ist vollkommen falsch – und auch obszön. Ich selbst habe als Kind den Krieg noch erlebt. Im Vergleich zu dem, was an Leid im Zweiten Weltkrieg passiert ist und in Kriegen überhaupt, ist das, was zurzeit an Beschränkungen des Lebens durch die Pandemie verlangt wird, nicht mehr als eine Belästigung.“

- die schon vor der Krise großangelegte Monetisierung der Schulden, die notgedrungen das Vertrauen in die Werthaltigkeit der Währungen schwinden lassen muss,

und andere Dilemmata bloß überdeckt, aber keineswegs löst. Neben der Herkulesaufgabe, die heimische Wirtschaft wieder in Fahrt zu bringen, werden diese Bedrängnisse verstärkt an unsere Tür klopfen.

Zurecht warnt daher Josef Urschitz<sup>14</sup>, Wirtschaftsressortleiter der Tageszeitung „Die Presse“, vor politischen Agitationen von Interessengruppen und Aktivisten, welche „die Krise als bequemen Hebel für die Durchsetzung ihrer Forderungen – vom Systemwechsel bis hin zum bedingungslosen Grundeinkommen – verwenden wollen.“

Dezidiert spricht sich Urschitz auch dagegen aus, Verschuldungen, die der Staat zum Zwecke der Überbrückung der wirtschaftlichen Flaute eingehen muss, mit Substanzsteuern als Zaubermittel ausgleichen zu wollen. Er bezeichnet dies als „kontraproduktives Denken“<sup>15</sup>: „Ein solches ist etwa das Verlangen, ausgerechnet zur Mitfinanzierung der Rezessionsfolgen Vermögens- und Erbschaftssteuern einzuführen. Wir wissen schon jetzt, dass die kommende Rezession schwer an die Substanz gehen wird. Bei Privaten wie bei Unternehmen. Wie muss man drauf sein, auf die Idee zu kommen, man könnte solche Substanzverluste mit zusätzlichen Substanzsteuern bekämpfen?“

Das ist nur ein Beispiel von vielen. Man muss natürlich über vieles reden. Über notwendige Korrekturen im Marktwirtschaftssystem, über Umstellungen des Steuersystems, über soziale Absicherung, wenn Arbeitsplätze verschwinden und nicht mehr wiederkommen.

Aber die Phase der ‚Wiederauferstehung‘ nach dem Corona-Absturz ist der falsche Zeitpunkt dafür. Da muss man sich darauf konzentrieren, den Corona-Flurschaden aufzuräumen. Ohne ideologische Überfrachtung. Damit aus der schwersten Krise seit den Dreißigerjahren nicht eine gefährliche endlose Geschichte wie damals wird.“

## **Die Ankurbelung der Wirtschaft**

Wirtschaft besteht

- in der Erzeugung oder der Wahrnehmung von Bedürfnissen,
- in dem Erstellen von Angeboten, diese Bedürfnisse zu stillen, und
- in dem gewinnbringenden Veräußern der Angebote.

Die Aufgabe des Staates in diesem Prozess wird verschieden wahrgenommen. Die beiden Extrempositionen sind einerseits der „Nachtwächterstaat“<sup>16</sup>, der dem Prinzip des „Laissez-faire“<sup>17</sup> folgt und sich allein auf den Schutz des Staatsgebietes, des Privateigentums und die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung beschränkt, und andererseits der planwirtschaftlich agierende Staat<sup>18</sup>, der das gesamte Wirtschaftsgeschehen von seiner Bürokratie verwaltet sehen möchte. Beide Positionen sind mit schwerwiegenden Nachteilen verbunden, die zu vermeiden dann gelingt, wenn man die Rolle des Staates im Wirtschaftsgeschehen differenzierter wahrnimmt. Ein aus historischer

<sup>14</sup> Josef Urschitz *ibid.*

<sup>15</sup> Josef Urschitz *ibid.*

<sup>16</sup> Heute „Small Government“ genannt; Ferdinand Lassalle prägte den Begriff „Nachtwächterstaat“ in Anspielung auf die Aufgabe eines Nachtwächters im Jahr 1862 in einer Rede in Berlin

<sup>17</sup> „Laissez-nous faire“ („Lassen Sie uns machen“) war die Antwort eines Kaufmanns an den Staatsmann und Ökonomen Jean-Baptiste Colbert auf dessen Frage: „Que peut-on faire pour vous aider?“ („Was kann man machen, um Ihnen zu helfen?“)

<sup>18</sup> cf. Friedrich A. von Hayek, W. Kerber: *Die Anmaßung von Wissen*. Mohr 1996

Sicht<sup>19</sup> sehr erfolgreicher Ansatz ist der maßgeblich von Walter Eucken geprägte Ordoliberalismus<sup>20</sup>: er ist ein Konzept für eine marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung, in der ein durch den Staat geschaffener Ordnungsrahmen den ökonomischen Wettbewerb und die Freiheit der Bürger auf dem Markt gewährleisten soll. Eucken brachte das Leitbild des Ordoliberalismus auf die Formel: *Staatliche Planung der Formen – ja; staatliche Planung und Lenkung des Wirtschaftsprozesses – nein.*<sup>21</sup>

Schon im Zuge der ersten Lockerungen vom Lockdown ist es wichtig, dass der Staat zügig und wirksam<sup>22</sup> die „Planung der Formen“ in Angriff nimmt, mit anderen Worten: die Wirtschaft wieder in Schwung bringt. Dies gelingt, indem er

- eine breite Rezeption nachhaltiger und zukunftsweisender Bedürfnisse vorantreibt und
- einen tragfähigen Rahmen für massive Investitionen schafft, die aber nur dann getätigt werden, wenn die Investoren darin die Chance erkennen, mittel- und langfristig Gewinne zu erzielen.

Einerseits entspringen Bedürfnisse aus den Verwerfungen, welche die von Corona erzeugte Krise mit sich brachte. Drei Beispiele einer Legion seien genannt:

- der Kongresstourismus und die Fremdenverkehrswirtschaft,
- der Handel angesichts der während der Krise boomenden online-Angebote,
- der Kunst- und Kulturbetrieb.

Die im Anhang ersichtlichen Stellungnahmen von Anne Maria Busch, Maria Theresia Niss und Monica Rintersbacher beinhalten eine Fülle von Anregungen und Überlegungen dazu.

Andererseits bestanden bereits vor der Krise bahnbrechende Bedürfnisse, die nun – möglicherweise neu formuliert und aufgestellt – das Rad der Wirtschaft zum Laufen bringen. Zwei Beispiele einer Legion seien genannt:

- der Gesundheits- und Pflegebereich,
- die Stillung des Energiehunger bei gleichzeitiger Schonung von Umwelt und Natur.

Zu beiden genannten Beispielen erarbeitete und formulierte schon vor der Krise der Wiener Wirtschaftskreis Handlungsvorschläge, die ebenfalls im Anhang als eigene Beiträge ersichtlich sind.

Entscheidend für ein Gelingen des Wirtschaftsaufschwungs wird sein, dass sich der Staat bei seiner Rolle als Investitionsförderer und Treiber wirtschaftlicher Aktivität seiner Rolle bewusst bleibt und an der marktwirtschaftlichen Ordnung festhält<sup>23</sup>. Auf der Titelseite der am 18. 4. 2020 erschienenen Neuen Zürcher Zeitung warnte Chefredakteur Eric Gujer mit eindringlichen Worten: „Bitte keinen Seuchen-Sozialismus. Erst nahmen die Infektionen exponentiell zu, dann wuchs die Staatsgläubigkeit in absurder Weise. Immer mehr Milliardenhilfen, immer mehr Versprechungen der Politik. Es wird Zeit, sich auf die eigene Verantwortung zu besinnen.“

---

<sup>19</sup> Bezeichnenderweise nach einer epochalen Krise, nämlich jener nach der Zerstörung Europas durch Adolf Hitler, wurden in Deutschland ordoliberaler Ideen insbesondere im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der ersten Phase der *Sozialen Marktwirtschaft* durch den ersten Bundeswirtschaftsminister Ludwig Erhard politisch realisiert und kulminierten im sogenannten *Wirtschaftswunder*.

<sup>20</sup> cf. Walter Eucken: *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. Francke 1952

<sup>21</sup> cf. Hans-Rudolf Peters: *Wirtschaftspolitik*. Oldenbourg Wissenschaftsverlag 2000

<sup>22</sup> cf. Sergio Correia, Stephan Luck, and Emil Verner: *Fight the Pandemic, Save the Economy: Lessons from the 1918 Flu*. Federal Reserve Bank of New York Liberty Street Economics, March 27, 2020, worin belegt wird, dass rigide Maßnahmen zur Eindämmung der Verbreitung eines Virus eine rasche wirtschaftliche Erholung begünstigen. („Altogether, our findings suggest that pandemics can have substantial economic costs, and NPIs [Non-Pharmaceutical Interventions such as social distancing] can lead to both better economic outcomes and lower mortality rates.“)

<sup>23</sup> cf. im Anhang: *Mit nachhaltigen ökonomischen Maßnahmen die Krise überwinden*. Auszug aus: „Dritte Ad-hoc-Stellungnahme: Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden“ erstellt von der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina am 13. April 2020

# Anhang

## Beiträge von Experten des Wiener Wirtschaftskreises

Es handelt sich dabei um Stellungnahmen zu drei Fragenblöcken:

1. Die Reihenfolge der Rücknahmemassnahmen vom Lockdown folgt offenkundig gesundheitspolitischen Maßgaben. Bestimmte Branchen, speziell jene, die vom Tourismus und von Veranstaltungen abhängen, müssen mit sehr langen Durststrecken rechnen.
  - a. Wie können sie diese bewältigen?
  - b. Ist dies zum Beispiel durch eine Änderung ihrer Angebote möglich (etwa die Wiedererweckung des heimischen Tourismus, der „Sommerfrische“, die Nutzung digitaler Hilfsmittel, die bis hin zur Perfektion und damit zu etwas Dauerhaftem, die Krise Überlebendem getrieben werden)?
  - c. Wird sich dies auch in einer permanenten Änderung der damit verbundenen Gewohnheiten der Bevölkerung niederschlagen?
2. Die Ankurbelung der Wirtschaft wird nur durch ein Wahrnehmen von Bedürfnissen gelingen und durch massive Investitionen, die wohl nur dann getätigt werden, wenn die Investoren darin die Chance erkennen, mittel- und langfristig Gewinne zu erzielen. Ein Beispiel für solche Bedürfnisse hat der Wiener Wirtschaftskreis in einer technisch realisierbaren, umweltschonenden und nachhaltigen Energiewirtschaft erblickt (noch vor Ausbruch der Krise) und dafür eine (erste grobe) Skizze von Handlungsvorschlägen entworfen<sup>24</sup>.
  - a. Welche anderen Bedürfnisse sind denkbar, die ebenso zukunftsweisend wie nachhaltig sind?
  - b. Werden die Investitionen und die mit ihnen einhergehenden wirtschaftlichen Impulse so groß sein, dass sie die in der Krise entstandenen Schulden im zeitlichen Horizont eines Jahrzehnts aufwiegen können?
  - c. Würde eine Überwälzung der Schulden auf die Staatsbürger (in welcher Weise sollte diese gewichtet werden, falls man sie in Erwägung zöge?) nicht zugleich einen zu großen Dämpfungseffekt nach sich ziehen?
  - d. Welche Rolle werden der Staat und der Markt bei der Ankurbelung der Wirtschaft einnehmen, wobei zu Beginn wohl der Staat der Treiber dieser Investitionen wird sein müssen?
  - e. Wird es gelingen, genügend Geld in den Markt fließen zu lassen, ohne dass dabei eine Entwertung des Geldes schlagend zu werden droht? (Ob eine weitere Senkung des Zinssatzes auf vielleicht minus drei Prozent ein probates Mittel dafür darstellt, darf man wohl bezweifeln.)
  - f. Werden die Investitionen rechtzeitig gesetzt? (Sie sollten offenkundig möglichst bald in Gang gebracht werden, bevor ein möglicher Abschwung Fahrt annimmt.)
3. In einem Brief an den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Othmar Karas schrieb Rudolf Taschner: „Natürlich wurde dabei [im Papier ‚Zur gegenwärtigen Krise‘ des Wiener Wirtschaftskreises] auch die Rolle der Europäischen Union bedacht. Wie Du [Othmar Karas] in Deinem Schreiben formuliertest, haben auch wir [der Wiener Wirtschaftskreis] festgestellt, dass ‚wegen zu wenig Europa [...] ein nationaler Fleckerlteppich‘ vorliegt, der ein abgestimmtes und auf die zum Teil schrecklichen Notlagen mancher Regionen koordiniertes Agieren erschwert.“
  - a. Wird, nach mehrfachem blamablem Versagen wenigstens nun, bei der Ankurbelung der Wirtschaft in Europa die Europäische Union maßgebend sein, oder werden es die Nationalstaaten sein, die aufgrund ihrer völlig verschiedenen Ausgangslagen auch andere Prioritäten und Schwerpunkte setzen?
  - b. Noch schärfer gefragt: Kann sich die Gemeinschaftswährung noch halten oder werden einzelne Staaten zur Bewältigung ihrer am Staatsbankrott entlangschrammenden Finanzen das Heil in einer eigenen Währung suchen?
  - c. Und selbst wenn es nicht dazu kommt: wie kann der „nationale Fleckerlteppich“ zu einem einheitlich gewobenen Ganzen umgestaltet werden?

**Anne Maria Busch, FHWien der WKW**

*Block 1*

Branchen, die vom Tourismus und Veranstaltungen abhängen, haben es sicherlich in der derzeitigen Situation besonders schwer. Beide Bereiche sollte man aber vielleicht getrennt betrachten.

---

<sup>24</sup> Wiener Wirtschaftskreis: *Handlungsvorschläge für eine nachhaltige Energiewirtschaft*, erstellt am 15. 2. 2020, im Anhang

Zunächst zu den Veranstaltungen, wozu ich insbesondere Kongresse, Tagungen, Konferenzen und Messen zähle. Hier sollte vielleicht zudem zwischen kurzer und mittlerer (langer) Frist unterschieden werden.

In der kurzen Frist ist es nicht möglich, Veranstaltungen auf bisherigem Wege durchzuführen. Viele Veranstaltungen wurden für heuer auch bereits abgesagt oder auf digitale Formate umgestellt. Hier liegt aber m.E. eine riesige Marktchance: Digitale Varianten mit vielen Teilnehmern funktionieren nur gut mit einer ausgereiften Technik. Veranstalter hätten durch ein professionelles Krisenmanagement und ein attraktives Angebot an technischer Ausstattung nun die Chance, sich als „digitale Kongressveranstalter“ zu behaupten. Wäre es nicht möglich, große Veranstaltungsräumlichkeiten (wenn sie nicht für gesundheitliche Zwecke genutzt werden – Beispiel Messe Wien) umzubauen? Es könnten zum Beispiel in einem großen Raum mehrere Studioräume entstehen, ausgestattet mit professioneller Technik für einen guten Raumklang, so dass hier Fachexperten (einzeln) Vorträge halten können, zu denen sich Teilnehmer zuschalten könnten. So wäre es auch möglich, viele Kongresse gleichzeitig durchzuführen. Kombiniert werden könnte dies für das „Kennenlernen“ zwischen den Teilnehmern untereinander mit verschiedenen Social Media Kanälen. Hier gäbe es sicher auch die Chance für Start-Ups aus dem digitalen Bereich. Sie könnten schnell Konzepte entwickeln, die den wichtigen Part bei einem Kongress – das Netzwerken – substituieren oder gar auf eine neue Stufe heben. Schließlich geht es darum, dem Kongressteilnehmer ein ideales Erlebnis zu vermitteln und den gewünschten Wissenstransfer sicherzustellen. Kombiniert mit einem entsprechenden Marketing (keine Flug- und Hotelkosten, Schonung der Umwelt, ortsunabhängige Teilnahme, Zeitersparnis) könnte sich für Österreich (insbesondere für die Kongressstadt Wien) die Chance ergeben, Pionier im digitalen Kongressmanagement zu werden. M.E. wird langfristig bei einem Kongresserlebnis der Austragungsort immer weniger wichtig. Entscheidender sind ein gutes Management und eine herausragende Technik. Die sehr beliebten Ted-Talks könnten da in Bezug auf die Customer Experience wertvolle Hinweise bieten.

Als Beispiel sei hier vielleicht auch das Unternehmen Netflix (ehemals Kibble) angeführt, das es geschafft hat, etwas sehr Standortbezogenem (Filme ausleihen in der Videothek, Kibble hat als Video-Versanddienstleister die Idee der Videothek schon weitergedacht) in etwas Standortloses (Streamingdienst) zu verwandeln. Das ermöglicht ein weltweites Agieren. Anbieter wie die Videothek „Blockbuster“, die ihr Geschäftsmodell standortbezogen belassen haben, sind vom Markt verschwunden.

In der mittleren (langen) Frist wird wohl ein Teil der Veranstaltungen wieder im ursprünglichen Format durchgeführt werden, da der zwischenmenschliche Austausch sowie das haptische Erlebnis, z.B. einer Möbelmesse, „real“ doch etwas anderes sind als virtuell.

Aber für einen Teil der Veranstaltungen ist es vielleicht auch in Zukunft möglich, dass Veranstaltungen zu den Teilnehmern kommen und nicht umgekehrt. Wichtig wäre, dass Österreich schnell ein Knowhow aufbaut und sich Expertise erarbeitet, die exportierbar ist.

In Bezug auf den Tourismus und damit einhergehenden möglichen Gewohnheitsänderungen sollte man vielleicht mehrere Dinge bedenken. In der kurzen Frist (heuer) wird es viele geben, die über weniger Geld verfügen (Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit), so dass vermutlich der Urlaub komplett ausfällt. In der mittleren/langen Frist gehe ich nicht davon aus, dass sich die Gewohnheiten der Mehrheit der Bevölkerung ändern werden. Wer vorher eher zum Urlauben in die Türkei geflogen ist, wird dies vermutlich auch in Zukunft tun. Man beachte hier vielleicht die nicht stattgefundene Änderung der Gewohnheiten nach Ereignissen wie Abgasskandal (VW verkaufte danach mehr Autos, auch in den USA<sup>25</sup>), Lebensmittelskandalen etc. Entscheidend ist hier natürlich der (angepasste) Preis.

Interessant wäre aber sicherlich, sich genauer anzuschauen, ob und wenn ja sich das Konsumverhalten z.B. nach Eintritt in die Arbeitslosigkeit ändert<sup>26</sup>.

Auch interessant wäre, genauer zu untersuchen, wie hoch die Einnahmen ausländischer Touristen für Österreich tatsächlich sind (die jetzt in der kurzen Frist wegfallen werden) und wie viel Österreicher für touristische Zwecke im Ausland ausgeben (was potentiell ins Inland fließen könnte). Relevant ist hier sicherlich auch der Unterschied Stadt/Land, unterschiedliche Regionen<sup>27</sup>.

Da zeigt sich, dass die Einnahmen von ausländischen Touristen in Höhe von 19.458 (in Mio. €) den von österreichischen Touristen in Höhe von 10.143 (in Mio. €) gegenüberstehen.

Belastbare Zahlen zu den Urlaubsplänen 2020 gibt es natürlich nicht, aber Zahlen aus 2019 geben einen Hinweis auf das Reiseverhalten der Österreicher:<sup>28</sup>

---

<sup>25</sup> <https://www.nytimes.com/2017/11/01/business/volkswagen-sales-diesel.html>

<sup>26</sup> cf. <https://docserv.uni-duesseldorf.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-8317/>

<sup>27</sup> Ein Überblick lässt sich bei Statistik Austria finden: [https://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/wirtschaft/tourismus/index.html](https://www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/tourismus/index.html)

<sup>28</sup> [https://www.kleinezeitung.at/lebensart/5558638/Reisekompass\\_Wo-die-Oesterreicher-2019-am-liebsten-urlauben](https://www.kleinezeitung.at/lebensart/5558638/Reisekompass_Wo-die-Oesterreicher-2019-am-liebsten-urlauben)

- Rund 81 Prozent der Österreicher wollen 2019 in Europa bzw. im näheren Ausland urlauben. Ganz oben auf der Wunschliste stehen Italien, Kroatien, Deutschland, Griechenland und Spanien.

- Etwa 73 Prozent planen (auch) einen Urlaub in Österreich, bevorzugt in einer Thermenregion, an einem See oder in den Bergen. Beliebtestes Bundesland ist mit Abstand die Steiermark, gefolgt von Salzburg und Kärnten.

Das Ausland fällt nun weg und es ist – unter Berücksichtigung der angesprochenen ökonomischen Bedingungen (Arbeitslosigkeit) sowie der soziopsychologischen (Angst vor einer Ansteckung) – zu erwarten, dass sich die Österreicher nun auf das Angebot im eigenen Land stürzen werden. Ist damit einhergehend ein Preisanstieg verbunden?

Eine Chance für die heimische Tourismus-Branche bietet sich, durch mehr digitale Transformation das Angebot attraktiver zu gestalten. So sind z.B. viele Pensionen und kleinere Hotels in der Wörtherseegegend nicht online buchbar bzw. ist es für den Konsumenten, der eben Booking.com oder eine der anderen großen Plattformen nutzt, sehr schwer an Zimmer zu kommen, die nicht auf den Plattformen vertreten sind.

Gründe dafür sind einerseits ein geändertes Such- und Buchverhalten der Konsumenten (das Booking.com sehr gut bedient), aber auch die sicher zum Teil berechtigte Kritik der Hotelbetreiber an eben Booking.com (hohe Provisionen etc.)<sup>29</sup> und damit ihr Fernbleiben.

Ein Unternehmen, das für mehr Transparenz über die Angebote heimischer Tourismusbetriebe schafft und das mit dem aktuellen Such- und Buchverhalten kombinieren kann, hätte gerade jetzt eine Riesenmarktchance.

Das Konzept der Sommerfrische in seiner ursprüngliche Bedeutung „Erholungsaufenthalt der Städter auf dem Lande zur Sommerzeit“<sup>30</sup> finde ich persönlich wunderbar und erinnert an die gute alte Kaiserzeit. Wenn alle Städter das Konzept wiederentdecken, würde es wohl in Bad Ischl sehr eng werden.

Diese Fragestellungen könnte man auch mit Prof. Peter Zellmann, Leiter des Instituts für Freizeit- und Tourismusforschung (IFT) diskutieren. Er ist zurzeit sicher auch ein gefragter Gesprächspartner.

Der Blick auf die Populärkultur verspricht zumindest für eine ferne Zukunft gänzlich digitale Urlaubserlebnisse, wie es im sehr erfolgreichen Actionfilm „Total Recall“, mit Arnold Schwarzenegger nach einer Kurzgeschichte des US-amerikanischer Science-Fiction-Autors Philip Kindred Dick, dargestellt ist.

Aber ich denke, davon sind wir noch weit entfernt, und ich persönlich bleibe da vorerst lieber beim selbsterlebten Urlaub an Österreichs Seen.

## *Block 2*

Schaut man sich in der makroökonomischen Theorie an, was passiert, wenn der Staat die Ausgaben erhöht, so sieht man, dass diese Ausgaben ein selbstverstärkendes, nachhaltiges Wachstum induzieren. Durch den sogenannten Multiplikatoreffekt steigt das Volkseinkommen sogar mehr als die Höhe der aufgewendeten Staatsausgaben. Dieses Modell unterliegt natürlich vielen vereinfachten Annahmen, und die Realität hält einige (langfristige) Konsequenzen bei einer Erhöhung der Staatsschuld bereit.

Aufgrund der Kürze der Zeit ist es natürlich auch sehr schwierig, zu eruieren, wo Staatsaufwendungen überhaupt auf ein nachhaltiges Wachstum stoßen können. Aktuell wird nach dem „Gießkannenprinzip“ gerettet. Ähnlich wie bei der Eurokrise<sup>31</sup> gilt: „Whatever it takes“.

Wichtig ist sicherlich, lebenserhaltende Branchen sowie Infrastrukturen am Leben zu erhalten und auch sicherzustellen, dass es nicht zu einer Massenarbeitslosigkeit kommt.

Um eine Idee zu bekommen, wer das am Ende tatsächlich zahlt, lohnt sich vielleicht ein Vergleich mit der Bankenrettung während/nach der Finanzkrise. Wer hat das eigentlich wirklich gezahlt? Kam es zu Steuererhöhungen? Wurden sinnvolle Reformen nicht durchgeführt, Aufträge des Landes z.B. für die Infrastruktur nicht in Auftrag gegeben?

Auch lohnt sich vielleicht ein Vergleich mit der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. Hier kam es in Deutschland zu einem Lastenausgleich. Es wurde eine einmalige Abgabe auf Vermögen beschlossen.

Was vielleicht auch zu diesem Fragenblock passt:

---

<sup>29</sup> <https://www.derstandard.at/story/2000040674959/bookingcom-weist-kritik-an-zu-hohen-provisionen-zurueck>

<sup>30</sup> cf. [http://woerterbuchnetz.de/cgi-bin/WBNetz/wbgui\\_py?sigle=DWB&mode=Vernetzung&lemid=GS30861#XS30861](http://woerterbuchnetz.de/cgi-bin/WBNetz/wbgui_py?sigle=DWB&mode=Vernetzung&lemid=GS30861#XS30861)

<sup>31</sup> cf. <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/eurorettung-100.html>



Peter Altmaier, deutscher Wirtschaftsminister, greift seine alten(?) Ideen wieder auf: „So müssten Deutschland und Europa den Rückstand bei der Digitalisierung aufholen und dafür sorgen, dass Arbeitsplätze der Zukunft nicht nur in Amerika und Asien entstünden. Zudem müssten Bereiche wie Arzneimittel und Biotechnologie auch hierzulande angesiedelt sein.“ Als strategisches Ziel nannte Altmaier, eine wettbewerbsfähige Stahl- und Automobilindustrie zu erhalten. „Der klimafreundlichste Stahl muss weiter in Europa produziert werden, wir müssen beim autonomen Fahren und bei klimaneutralen Antriebstechnologien Spitzenreiter werden.“<sup>32</sup>

### Block 3

„Das Klima, das zwischen den Staats- und Regierungschefs herrscht, und der Mangel an Solidarität sind eine tödliche Bedrohung für die Union“, sagte Jacques Delors. Die Worte haben zumindest symbolisches Gewicht. Delors war Kommissionspräsident von 1985 bis 1995 und gehört zu den Schöpfern des Binnenmarkts und der gemeinsamen Währung in der Union.<sup>33</sup>

Angesichts der Werbetour von Italiens Regierungschef in Deutschland (zuerst der große Gastbeitrag in der Zeit am 02.04.<sup>34</sup> und auf Bild.de am 08.04.<sup>35</sup>) zeigt, dass die Solidarität unter Europas Nationen weiterhin als fragil einzuordnen ist. Interessant ist sein Hinweis auf die von den nördlichen Staaten abgelehnte Transferunion. Er spricht es an und schreibt: „Diese Solidarität muss in einem gemeinsamen Plan zum Ausdruck kommen, der durch Transparenz und Strenge allen Beteiligten garantiert, dass dabei keine ‚Transferunion‘ entsteht.“

Ein starkes Bild gibt die EU in der Krise bisher nicht ab. Auffällig ist allein die Forderung nach einen „europäischen Marshallplan“ für den Wiederaufbau<sup>36</sup>, formuliert unter anderem von Kommissionspräsidentin von der Leyen sowie von Frankreich.

Frankreich treibt die Idee der Eurobonds mit einem Volumen von 1000 Milliarden Euro voran. Deutschland möchte das nicht und favorisiert den bereits bestehenden Rettungsfond ESM, der über 410 Milliarden verfügt.

In frappierender Weise erinnert das an in die Frontlinien in der Eurokrise.

In den letzten Jahren ist es der EU leider nicht gelungen, auf eine gemeinsame Sache hinzuarbeiten, zu oft waren es nur Feuerwehrationen (sehr vereinfacht gesagt): Eurokrise, Flüchtlingskrise etc. Die Vermittlung der Werte Europas und die Idee des größten Friedensprojekts der neueren Geschichte an die Generationen zu vermitteln, die nicht die Schrecken und die Auswirkungen des Zweiten Weltkriegs gespürt haben, waren und sind ein Problem für Europa. Da helfen auch nicht Initiativen wie Move2Learn, die Förderung der Mobilität junger Menschen, um Europa besser kennenzulernen.<sup>37</sup>

Fast könnte man meinen, es fehlt an einer Vision. Gerade in Krisenzeiten macht sich das bemerkbar.

Es gab schon länger mehr keinen „großen gemeinsamen Wurf“. Große Fortschritte wie der Vertrag von Lissabon liegen nun auch schon wieder einige Zeit zurück. Was m.E. fehlt, ist eine große gemeinsame Idee. Von der Leyens geplanter „Green Deal“ geht vielleicht genau in diese Richtung. Interessant ist zu sehen, wie die Kommissionspräsidentin sich an der Wirkmächtigkeit des New Deals von Roosevelt anlehnt. Auch wenn der Name ja auf die Entkarbonisierung Europas schließen lässt, so ist von der Leyen ganz klar: es ist eine Wachstumsstrategie.

Zu Österreich fällt mir dazu nur die Ära Kreisky und die Ära Schüssel ein, die eine nach vorwärts gerichtete Vision formuliert haben, die, je nach politischer Einstellung, mehr oder weniger goutiert wurde, aber in beiden Fällen unbestritten eine Wirkung erzeugt hat.

Von der Leyen hat ihre Vision dieser Tage um den „White Deal“ erweitert, also neben einer zukunftsgerichteten Klimapolitik auch die Gesundheit mitzudenken. Die Digitalisierung sieht sie auch als einen Schwerpunkt. Und weiter sagt sie: „Wir werden Globalisierung nicht mehr ausschließlich ökonomisch sehen können. Das Digitale, das Klima und die Gesundheit werden von nun an immer mit am Tisch sitzen ...“<sup>38</sup>

„1.000 Milliarden Euro an ‚grünen‘ Investitionen, ein Übergangsfonds für den klimafreundlichen Umbau der Wirtschaft – das sind die Eckpunkte des Finanzierungsplans für den ‚Green Deal‘ der EU-Kommission“, so schreibt es das Bundeskanzleramt

<sup>32</sup> <https://background.tagesspiegel.de/digitalisierung/altmaier-plant-fitnessprogramm-fuer-wirtschaft-nach-coronakrise>

<sup>33</sup> <https://www.nzz.ch/international/coronavirus-europa-lateinische-laender-frustriert-ueber-den-norden-ld.1549650?reduced=true>

<sup>34</sup> <https://www.zeit.de/2020/15/coronavirus-europa-italien-europaeische-union-solidaritaet>

<sup>35</sup> <https://www.bild.de/politik/ausland/politik-ausland/italiens-regierungschef-bei-bild-live-conte-warnt-vor-dem-scheitern-europas-69939614.bild.html>

<sup>36</sup> <https://www.n-tv.de/politik/Von-der-Leyen-fordert-Marshallplan-article21693898.html>

<sup>37</sup> [https://ec.europa.eu/transport/themes/social/move2learnlearn2move\\_en](https://ec.europa.eu/transport/themes/social/move2learnlearn2move_en)

<sup>38</sup> <https://www.zeit.de/2020/16/ursula-von-der-leyen-corona-krise-globalisierung-europapolitik>

auf seiner Homepage.<sup>39</sup> Könnte das nicht eine Leitlinie für den Wiederaufbau der Wirtschaft sein? Also gezielt Unternehmen fördern, die auf die Vision des Green Deals einzahlen und gleichzeitig so mithelfen die Klimawende zu schaffen?

Die Frage ist nur, ob Europa tatsächlich auch stark genug für einen solchen Weg ist?

Mit Herausforderungen, die das Klima betreffen, werden wir nach der Corona-Krise m.E. noch mehr als vorher konfrontiert werden. Hier kann es auch keine nationale Lösung geben, es bedarf eines gemeinsamen Wirtschaftsprogrammes. Die Ideen müssen zugkräftig genug sein, um sich gegen nationale Ambitionen zur Wehr setzen zu können.

Gemeinsame Ideen, Ziele und Strategien müssen über die schlichte Antwort auf eine Krise hinausgehen. Nur so wird Europa in Zukunft in der Lage sein, Krisen zu bewältigen.

## **Maria Theresia Niss, Unternehmerin, Abgeordnete zum Nationalrat**

### *Block 1*

Der Tourismus ist sicher eine der härtest getroffenen Branchen und wurde durch Corona um rd. 15 Jahre zurück geworfen. Für den Tourismus wird es in nächster Zeit tatsächlich kritisch werden. Letztes Jahr gab es 150 Mio. Nächtigungen, davon waren 2/3 aus dem Ausland.

Ähnliche Schätzungen gibt es überhaupt für die Anzahl der Touristen. Auch wenn wir die Devise ausgeben, „Fahr nicht vor, urlaub' im Ort!“ (bzw. zumindest in Österreich), werden das die anderen Länder auch machen. Abgesehen davon wird die Frage sein, ob bzw. wann Grenzen aufgehen. Ich glaube nicht, dass das vor Ende des 3. Quartals sein wird, wenn überhaupt so früh.

Es gibt vier Hinderungsgründe für Urlaub im Ausland: 1) keine Flüge 2) Einreisehindernisse (Grenzen zu) 3) moralische Komponente (Urlaub in Österreich) und 4) Vertrauensverlust. Alle 4 Elemente führen dazu, dass dieses Jahr v.a. in Österreich geurlaubt wird; allerdings darf nicht vergessen werden, dass die ökonomischen Umstände vieler Österreicher nicht so gut sein werden. Zwar wurde jetzt in der Zeit des Lockdowns gespart, da nicht viel ausgegeben werden konnte (kein Osterurlaub etc.), allerdings ist die stark erhöhte Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie die Unsicherheit über die Zukunft sicher ein Hinderungsgrund für ausgedehnte Urlaube in Österreich.

Von den Branchen her werden Urlaube mit weniger Kontakt (Ferienapartments etc.) größeren Zuspruch haben als dicht gedrängte Hotels.

Ein Thema ist auch der Fachkräftemangel – die Hälfte der Mitarbeiter im Tourismus sind aus dem Ausland. Es stellt sich hier die Frage: Dürfen sie wieder einreisen und wann?

Die Tourismusbranche ist eine Branche mit hohen Fremdkapitalquoten – weiteres Fremdkapital aufzunehmen hängt auch davon ab, wie die Zukunftsperspektiven sind. Wichtig wäre für die Branche wahrscheinlich, bald zu wissen, wann sie unter welchen Umständen aufsperrn darf. Dann wird jeder seine betriebswirtschaftliche Rechnung machen, ob es sich aufzahlt, aufzusperren (Hotels, Restaurants wo nur jeder zweite Tisch besetzt sein darf??? – soll dann das Schnitzel 30€ kosten)?

Inwiefern sich hier Gewohnheiten ändern, hängt meiner Meinung nach von der Dauer der Krise ab. Ich glaube nicht, dass – auch wenn das dieses Jahr so sein wird – Leute mittel- bis langfristig auf Urlaub in Österreich umsteigen werden, wenn sie früher Strandurlaub in Griechenland oder auf den Malediven gemacht haben. Allerdings kann es sein, dass es ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis bei den Leuten geben kann bzw. ein verantwortungsvollerer Tourismus nachgefragt wird. Auch ob das typische Après Ski in der Form erhalten bleibt, bleibt abzuwarten ...

Das Thema digitale Veranstaltungen kann spannend werden – ich glaube, dass viele in der Krise entdeckt haben, wie angenehm es teilweise ist, digital an Diskussionen/Veranstaltungen teilzunehmen (Zeiteffizienz, keine An- und Abreise, man hört sich das an, was einen wirklich interessiert). Wenn auch später sicherlich die persönliche Teilnahme bei Konzerten etc. wieder im Vordergrund stehen wird, ist der digitale Kanals bestimmt ein positiver Zusatzkanal.

Prinzipiell müsste der Tourismus (rd. 15% des BIP in Österreich) innovativer werden (siehe Kärnten). Potential liegt hier v.a. in der Digitalisierung der Geschäftsprozesse, in der virtuellen Verknüpfung von Wertschöpfungsketten (Angebotsbündelung), das Plattformthema wird hier aktuell werden ...

### *Block 2*

Die Bundesregierung hat vorbildlich reagiert und mit der großzügigen Hilfe den großen Kollaps vorerst verhindert. Klar ist aber auch, dass nach Ende der Kurzarbeit etc. aber noch einige Unternehmen in Konkurs gehen werden, sei es, weil die

---

<sup>39</sup> <https://www.bundeskanzleramt.gv.at/themen/europa-aktuell/investitionsplan-fuer-den-green-deal-der-eu-vorgestellt.html>

Branche einfach nachhaltig betroffen ist, oder weil die Unternehmen vor der Krise schon geschwächt haben und nun jetzt nicht überleben.

Fremdkapital war einfach zu günstig, was nicht gesunden Unternehmen zwar im Moment geholfen hat, aber langfristig nicht sinnvoll war ...

Die Abhängigkeit von den Banken, in die sich viele Unternehmen jetzt begeben, macht mir Sorge – ist auch für den Unternehmergeist nicht gut (im Sinne von: „Jetzt arbeite ich die nächsten 10-15 Jahre für die Bank ...“).

Meiner Meinung nach muss das Eigenkapital gestärkt werden. Dazu muss man sich Gedanken machen, was hier kluge Instrumente sind (es darf zu keiner Wieder-Verstaatlichung kommen). Evtl. Steuerbegünstigungen für privates Kapital, evtl. staatl. Instrumente, wo aber klar ist, wie der Staat schnellstmöglich wieder raus kommt (wiewohl er am Aufschwung natürlich partizipieren darf). Der Staat soll nicht die Geschäfte führen dürfen. Und man muss definieren, wann und unter welchen Umständen geht er wieder raus.

Klar ist, dass Österreich sich weiter auch seine Stärken konzentrieren muss (Hidden Champions, F&E Intensivität, gute Rahmenbedingungen und v.a. qualifizierte Fachkräfte). Hier kann ich immer nur wieder auf den steigenden Bedarf an Fachkräften im MINT Bereich hinweisen, der gerade in Zeiten wie jetzt noch stärker werden wird – wir wollen die Produktion nach Europa/Österreich zurückholen (e.g. Pharmazeutika, etc.). Hier ist es notwendig, v.a. auch Frauen und Mädchen vermehrt anzusprechen.

Insbesondere hoffe ich, dass durch die Pandemie das gesellschaftliche Verständnis und auch die Erfordernis einer starken Forschung in Österreich steigen wird ... die Hoffnung bleibt ...

Klar ist es, dass es eine Chance für die Digitalisierung ist bzw. die Digitalisierung eine Chance für die Wirtschaft (Effizienz, Überdenken der Geschäftsprozesse etc.). Das ist meiner Meinung nach ein Nutzen daraus. Beispiel: Wir haben in der Pflege immer wieder über die Chance der Robotisierung gesprochen. Gerade in Zeiten, da ausländische Pflegekräfte plötzlich weg brechen, muss hier einfach der Vorteil von Digitalisierung und Automatisierung in der Vordergrund gestellt werden<sup>40</sup>. Aber auch in anderen Bereichen wird hier ein disruptiver Wandel geschehen. Spannend wird sein, ob der stationäre Handel den Impact durch die Geschäftsschließungen und Online Buchungen nachhaltig spüren wird. Hier wird man sich schon überlegen, was hier zusätzlich geboten werden kann (Einkaufserlebnis, ...).

Auch in der Schule ist die Digitalisierung von Vorteil, wenn sie richtig gemacht wird. Wenn wir uns überlegen, wie wir zurück zur Schule kommen: hier wird vermehrt auch der Nachmittag notwendig sein (auch für die Lehrer!!!).

Wie konsolidieren wir das Budget? Wichtig wird sein, dass die Ausgaben langsamer wachsen als die Einnahmen. Bis 2022 werden wir definitiv weniger Steuereinnahmen haben (Unternehmenssteuern etc.), auch werden wir am Arbeitsmarkt Auswirkungen haben (Arbeitslosigkeit etc.). Zusätzliche Steuern halte ich nicht für sinnvoll (erinnern wir uns, wieviel wir durch die Erbschaftssteuer eingenommen haben, und was das an Bürokratie gekostet hat). Rigidität in der Ausgabenpolitik wird das Gebot der Stunde sein ...

Zum Thema Investitionen: Hier müssen wir schauen, dass private Mittel in F&E gehoben werden. Schon jetzt sind 2/3 der F&E Mittel privat – durch eine kluge Forschungsförderung kann hier noch einiges gehoben werden.

### *Block 3*

Und zu Europa – hier nur ganz kurz:

Europa hat natürlich eine schlechte Figur gemacht, indem die EU anfangs quasi handlungsunfähig war (v.a. dass Deutschland die Lieferungen an der Grenze stoppte, hat schon sehr weh getan). Alle vier Säulen der Europäischen Union sind angeschlagen. Man wird sich daher nochmals die Frage stellen müssen, was wir als EU wollen, und wie wir hierfür die Grundlagen herstellen können. Wenn wir als EU stärker werden wollen, müssen wir aber auch Entscheidungsbefugnisse abgeben (Einstimmigkeitsprinzip?).

Zum Euro – die Politik, die wir vor einigen Jahren gewählt haben (Aufkaufen Anleihen, Helikoptergeld etc.), müssen wir nun wohl fortführen (wie klug war das damals???), sonst bricht der Euro ...

Und ein Punkt noch: Spannend wird sein, wie sich die USA im weltpolitischen Geschehen schlagen werden. China erstarkt. Man kann nur hoffen, dass das Konzept der undemokratischen Entscheidungen und mangelnden Freiheit China daran hindert, machtpolitisch Nummer eins zu werden.

---

<sup>40</sup> cf. Wiener Wirtschaftskreis: *Handlungsvorschläge für Digitalisierung und Pflege*, erstellt am 23. 4. 2020, im Anhang

## Monica Rintersbacher, Geschäftsführerin der LBA Leitbetriebe GmbH

### Block 1

Die Reaktivierung des Tourismus stellt eine große Herausforderung dar. Denn sind wir uns ehrlich: Wenn wir im heimischen Sinne sowohl geschäftlich als auch privat den Tourismus, aber auch die Gastronomie bedienen, so werden wir die vielen Umsätze, die durch ausländische Gäste lukriert werden, nicht wieder wettmachen können. Wie wir bereits festgestellt haben: den fehlenden Umsatz der letzten Wochen können wir nicht nachliefern. Personal muss wieder aufgestellt werden. Die Betriebe werden nicht wieder von Beginn an zu 100 % im Einsatz sein können. Zudem entstehen in vielen Bereichen wieder Kosten zur Reaktivierung. Eine große Schwierigkeit ist die zeitliche Planung. Da definitiv noch nicht bekannt ist, wann es wirklich losgeht, fällt den Betrieben ein gewisses Buchungsmanagement sehr schwer. Die Konsequenzen für diese Bereiche sind als sehr bedauerlich ausgedrückt worden, ich denke jedoch, es wird mehr brauchen, höchst wahrscheinlich finanzielle Stütze.

Weiters ist auch auf Imageschäden – zumindest für Tirol – hinzuweisen. Die Stammkunden aus dem Ausland werden ausbleiben, zumindest die nächsten zwei Jahre, wird von einigen Tourismuserfahrenen hinter vorgehaltener Hand kommuniziert.

Die nächste Frage, die sich stellt: Wird die österreichische Bevölkerung im Sommer Urlaub machen? Wird es schon möglich sein? Sind die finanziellen Mittel da?

Und wie heute [8. 4. 2020] kommuniziert wurde: Solange es keine Impfung gibt, werden die Grenzen relativ „dicht“ bleiben.

### Block 2

Hier ist eindeutig für mich klar, dass wir uns auf die Aufrechterhaltung und Qualität des Wirtschaftsstandortes Österreich konzentrieren müssen!

Qualität muss vor Billigstpreisen stehen!

Dies bedeutet: die Auseinandersetzung mit der Frage: Was braucht es für einen starken Wirtschaftsstandort Österreich?

Standort stärken – Wie geht das?

- Know-how im Land
- Qualifizierte Mitarbeiter => Ausbildungsformen jeglicher Art in Österreich eine Wertigkeit zu geben
- Fokus auf Österreich: Wirtschaft im Land proaktiv und konzentriert vorantreiben => Abhängigkeiten massiv reduzieren
- Digitalisierung: zeitgemäß arbeiten, produzieren, ...
- Kostenfairness – Produktion in Europa/ Österreich muss gleiche Chance haben – Qualität steht vor Kosten!!!

### Block 3

Und hier kommt zugleich die Verknüpfung mit der nächsten Fragestellung:

Wie gewichtet man den Stellenwert der Europäischen Union vs. den Wirtschaftsstandort Österreich?

Zudem: Schaffen wir es noch – sprich alle Mitgliedsstaaten – eine gemeinschaftliche, starke EU aufzubauen und am Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein?

Viele unserer Leitbetriebe haben festgestellt und bestätigt, was in den Fragen angedeutet ist: In dieser schwerwiegenden Krisenzeit, nämlich der größten nach dem 2. WK, war die österreichische Bundesregierung ziemlich allein auf sich gestellt. Ein gemeinschaftlicher und rascher Lösungsansatz hätte möglicherweise dazu geführt, dass die EU mit all den strengen Maßnahmen gemeinschaftlich schneller aus der Situation gekommen wäre. Nun sieht es danach aus, dass Österreich vorbildlich agiert hat, die Grenzen jedoch – aus Gründen der Sicherheit – noch lange geschlossen bleiben müssen, zumindest für den Personenverkehr.

Was uns mit hoher Wahrscheinlichkeit in absehbarer Zukunft nicht erspart bleiben wird, ist die öffentliche Infragestellung der Aktivitäten der EU, die sich gewisse Politiker zunutze machen werden.

Abschließend möchte ich übermitteln – und ich hatte unzählige Gespräche mit Unternehmern und Entscheidungsträgern –, dass die Maßnahmen [der österreichischen Bundesregierung] wohlwollend mitgetragen werden! Ein ganz kleiner Anteil der mir bekannten Betriebe drückt sich als empört aus. Wir kennen dies: eine 100%ige-Zustimmung können wir uns eigentlich nie erwarten, dies ist ganz natürlich.

# Handlungsvorschläge für Digitalisierung und Pflege

*Erstellt vom Wiener Wirtschaftskreis am 23. 4. 2019*

Die demographischen Prognosen weisen darauf hin, dass der Anteil der älteren Personen in der Bevölkerung stark steigt. Laut einer Studie wird der Anteil der über 80-Jährigen von derzeit 5 % auf 6,8 % im Jahr 2030 ansteigen.

Für das Jahr 2025 wird ein Mangel von rund 8000 Pflegekräften in stationären Einrichtungen prognostiziert.

Eine Möglichkeit diesem Trend entgegen zu wirken sind Ambient Assisted Living-Systeme (AAL-Systeme) und Roboter.

Aus humanitärer Sicht wird vom Grundsatz ausgegangen, dass der zu Pflegenden autonom den Ort und die Form der Pflege frei wählen kann.

Derzeit ist es noch unwirtschaftlich und technisch schwer möglich, Roboter in der Pflege einzusetzen.

Daher sind in einem ersten Schritt AAL-Systeme zu forcieren, jedoch soll gleichzeitig an der Entwicklung von Robotern gearbeitet werden.

Zuerst müssen Roboter in der stationären Pflege getestet und eingesetzt werden, erst danach soll der Einsatz in der häuslichen Pflege erfolgen.

Beim Einsatz von Robotern und AAL-Systemen ist folgendes zu berücksichtigen

- Pflegekräfte sind technisch kaum ausgebildet.
- Es muss eine Akzeptanz von Robotern
  - o beim Pflegepersonal,
  - o bei den Pflegebedürftigen,
  - o bei den Angehörigen erreicht werden.
- Es sind zahlreiche ethische Fragen zu klären. Schwierig werden ethische Bewertungen, wenn betroffene Personen ihren Willen und ihre Präferenz im Hinblick auf den Robotereinsatz nur noch sehr eingeschränkt kommunizieren können.
- Die rechtlichen Regelungen im Bereich Sicherheit, Haftung und Datenschutz sind noch nicht vorhanden.

Aufgrund der derzeitigen Rahmenbedingungen handelt es sich bei der Pflege um einen unübersichtlichen und finanzschwachen Sektor. Es ist daher erforderlich, dass sich der Bund bzw. die Länder und Gemeinden finanziell beteiligen.

Es werden daher folgende Maßnahmen vom Wiener Wirtschaftskreis vorgeschlagen:

- Errichtung von Beratungszentren und Koordinierungsstellen zum Einsatz von AAL-Systemen (als ersten Schritt – später auch Roboter).
- Schaffung eines Lehrberufes für den Pflegebereich.
- Etablierung von Anlaufstellen für pflegende Angehörige und Pflegekräfte, die überfordert sind und selbst vor einem Burn-out stehen.
- Bedarfsorientierte Förderprogramme für Roboter und AAL-Systeme.
- Pilotenrichtungen, sogenannte Living Labs für und AAL-Systeme und Roboter.
- Schaffung eines rechtlichen Rahmens zum Einsatz von technischen Systemen.
- Initiierung einer breiten öffentlichen Diskussion über den Einsatz von AAL und Robotern im Pflegebereich.
- Steigerung der Attraktivität der Ausbildung zum Pflegepersonal, sowie Ergänzung der Inhalte um technische Grundlagen.
- Beachtung alternativer politischer Handlungsstrategien wie z. B. Arbeitsmarkt-, Sozial- und Migrationspolitik.
- Bewusstsein schaffen, dass AAL und Roboter als Hilfe für Pflegekräfte anzusehen sind.

Da es sich langfristig um einen äußerst bedeutenden Sektor handelt, dessen Know-how und technische Systeme auch weltweit exportiert werden könnten, sollte der Staat obige Vorschläge in Angriff nehmen.

# Handlungsvorschläge für eine nachhaltige Energiewirtschaft

Erstellt vom Wiener Wirtschaftskreis am 15. 2. 2020

*Kurzzeitiger Aktivismus, dessen negative Auswirkungen einfach ausgeblendet werden, hat bei der Bewältigung der Umweltprobleme keinen Platz. Nur strategisch denkende und handelnde Politiker haben die Chance, das Vertrauen in die Politik wiederherzustellen, die immer diffuser wird.*

Dies schrieb am 29. Jänner 2020 Olaf Dlugi, Berater der Europäischen Kommission, in der Neuen Zürcher Zeitung. Seiner Devise folgend versucht der Wiener Wirtschaftskreis in dieser ersten Skizze Hilfeleistung für kluge und zukunftsweisende Strategien in Energie- und Umweltpolitik zu geben:

**Das Ziel** einer umweltschonenden Energiepolitik besteht darin, bevorzugt jene Energiequellen zu nutzen, die direkt oder im Zuge einer Transformation vor der gegenwärtig von der Erdoberfläche empfangenen Sonnenenergie herrührt – bezeichnet mit dem Schlagwort „grüne Energie“. Die auf die Erdoberfläche auftreffende Sonnenenergie ist mehr als fünftausend Mal größer als der Energiebedarf der Menschheit.

So gesehen ist umweltschonende Energiepolitik prinzipiell sowohl lokal, also auf Österreich bezogen, als auch global durchführbar.

Allerdings treten zumindest drei wesentliche Aspekte hinzu, die in der bisherigen, auf fossilen Energieträgern beruhenden Energiepolitik, weitgehend ausgeblendet werden konnten:

Die **Verdichtung** von grüner Energie, die **Speicherung** grüner Energie, der **Transport** grüner Energie.

Dies gelingt technologisch unter anderem mit Hilfe von

- **Wasserkraft** (Verdichtung, Speicherung)
- **Biomasse, Pellets** u. ä. (Verdichtung, Speicherung)
- **Kollektoren** oder **photovoltaischen Anlagen** (Verdichtung)
- **Windkraftanlagen** (Verdichtung)
- auf 700 bar **verdichtetem Wasserstoff** (Verdichtung, Speicherung, Transport)
- **flüssigem Wasserstoff** (Verdichtung, Speicherung, Transport)
- „**grünem Erdgas**“ (Verdichtung, Speicherung, Transport)
- **Akkumulatoren** und **Batterien** (Speicherung)
- **Wärmespeichern** (Speicherung)
- **Fernwärme** (Transport)

Hierbei sind zu berücksichtigen

- bei der Verdichtung von Energie:
  - o der finanzielle, technische und umweltschonende Aufwand für Aufbau,
  - o Wartung und Abbau der Anlagen sowie
  - o die Gewährleistung einer dem Bedarf angemessenen Effizienz,
- bei der Speicherung von Energie:
  - o die Überbrückung der tageszeitlichen und wetterbedingten Schwankungen der über direkten oder indirektem Weg aus der Strahlungsenergie der Sonne stammenden Energieflüsse,
- beim Transport von Energie:
  - o Die Problematik des Energietransports bei großen Distanzen zeigt sich am deutlichsten am Beispiel Deutschlands: Windenergie, gewonnen von Windkraftanlagen, die an der Nord- und Ostsee stationiert sind, kann nur mit hohem Aufwand in die großen Industrieanlagen Süddeutschlands transportiert werden.
  - o In **grünem Erdgas** gespeicherte Energie kann über das gleiche Verteilungsnetz wie aus fossilen Quellen stammendes Erdgas transportiert werden. Neben elektrischen **Hochspannungsleitungen** ist hierin bei großen Distanzen die wohl optimale Energietransport gegeben.

## Umweltschonende Energiepolitik beim Verbraucher

Die Vorschläge hierfür sind weitgehend bekannt. Einige von ihnen seien im Folgenden aufgelistet:

**Bei Gebäuden und Haushalten im ländlichen Bereich:** Errichtung von, beziehungsweise Erneuerung alter Gebäude zu sogenannten Nullenergiehäusern, deren externer Energiebezug durch den auf der Liegenschaft des Gebäudes umgesetzten

eigenen Energiegewinn (z.B. durch Solaranlagen) und durch Energiesparmaßnahmen (z.B. durch thermische Isolierung) zumindest aufgewogen ist.

**Im städtischen Wohn- und Dienstleistungsbereich:** Unter anderem

- thermische Isolierung der Gebäude,
- Installation von photovoltaischen Anlagen auf Dächern und gegebenenfalls auf Fassaden,
- Begrünung von Dächern und Fassaden zum Zwecke der Einsparung von Klimaanlagen,
- Bewirtschaftung der Gebäude mit grünem Erdgas oder mit Wasserstoff.

**Im Verkehr:** Unter anderem

- Ausbau des öffentlichen Verkehrs,
- Ausbau der Elektromobilität unter der Nebenbedingung, dass sowohl die Herkunft der dafür nötigen elektrischen Energie aus nichtfossilen Quellen gegeben ist wie auch die Problematik der Herstellung und Entsorgung der dafür nötigen Batterien gelöst ist,
- Betrieb des Schwerverkehrs mit Wasserstoff.

**Im Industriebereich:** Unter anderem

- Nutzung von Wasserstoff und Strom anstatt fossiler Brennstoffe,
- Errichtung von „Bioraffinerien“, in denen aus Biomasse unter möglichst vollständiger Verwertung aller Rohstoffkomponenten die Zwischen- und Endprodukte wie Zucker, Bioethanol oder Biodiesel nachhaltig erzeugt werden,
- Änderung von Industrieprozessen, zum Beispiel die Reduktion von Eisenerz mit Wasserstoff statt Kohlenstoff, oder die Vermeidung von Kalziumcarbonat und Kohle bei der Zement-, Glas- und Keramikindustrie ebenfalls mit Hilfe von Wasserstoff.

Effizienzmaßnahmen wie die oben genannten können größenordnungsmäßig zu einer **Halbierung des Endenergieverbrauchs** führen. Allerdings sind selbst hierfür in hoch entwickelten Regionen

- die Schaffung attraktiver Anreizsysteme im Rahmen des freien Marktes,
- weitreichende Investitionen,
- eine ausgefeilte Logistik,
- eine bereits hochentwickelte Infrastruktur

vonnöten, um den bereits bestehenden hohen Lebensstandard erhalten zu können. Heikler gestaltet sich die Akzeptanz dieser Maßnahmen durch die Gesellschaft und den freien Markt in Regionen, in denen die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung dringlich ist.

**Umweltschonende Energiepolitik beim Hersteller**

Will man in Österreich, einem typischen hoch entwickelten Land mit einem hohen Lebensstandard der Bevölkerung, das Ziel erreichen, Energie zu mehr als 90% aus nicht fossilen Quellen zu beziehen, hat man zu bedenken:

Selbst wenn der Endenergieverbrauch von rund 320 TWh pro Jahr auf 160 TWh pro Jahr fiel, müsste sich der derzeit auf circa 64 TWh pro Jahr belaufende Stromanteil zumindest verdoppeln. Da derzeit nur die Hälfte des aktuell verfügbaren Stromes aus nichtfossilen Quellen stammt, bedeutet dies für die Erreichung des angestrebten Zieles, dass die Stromerzeugung ohne Nutzung fossiler Quellen sich in Österreich mit dem **Faktor vier** erhöhen müsste. Mit anderen Worten: Zur Erreichung des oben genannten Zieles ist es selbst nach Einleitung von Energiesparmaßnahmen auf Verbraucherseite nötig, die **vierfache Strommenge** des bisher aus nichtfossilen Quellen stammenden elektrischen Stromes zu liefern.

Zusätzlich muss bedacht werden, dass Photovoltaik und Windkraft im Vergleich zu fossilen Quellen für die Stromerzeugung wegen zeit- und wetterbedingter Schwankungen eine zusätzliche Erhöhung der Kapazität an der Erzeugung umweltschonenden Stromes erforderlich machen. Diese Erhöhung ist unmöglich allein mit Wasserkraftwerken zu bewältigen und würde eine außerordentliche Zunahme von große Flächen überdeckenden Photovoltaik- und Windkraftanlagen erforderlich machen.

Für Deutschland haben vor Kurzem der Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft Gabriel Felbermayr und der Vorsitzende des Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft Stefan Liebing eine ähnliche Analyse vorgenommen (zitiert aus der „Welt“ vom 3. 2. 2020):

„Heute importieren wir circa zwei Drittel unseres Primärenergiebedarfs in Form fossiler Energieträger. Wenn wir all das durch erneuerbare Quellen ersetzen wollten, weil wir künftig auch Mobilität und Heizung CO<sub>2</sub>-frei betreiben möchten, dann müssten wir etwa **fünfmal so viele Wind- und Solaranlagen** bauen, wie bisher in Deutschland im Einsatz sind. Von Leitungen und Speichern ganz zu schweigen. Das wird angesichts der Proteste und Klagen von Anwohnern und der komplizierten Bau- und Umweltvorschriften sowie Abstandsregelungen kaum in diesem Umfang gelingen.“

Die Lösung, die Felbermayr und Liebing vorschlagen, lässt sich von Deutschland auf Österreich und auf andere europäische Länder übertragen: Es gilt, „Solarstrom in dünn besiedelten Regionen der Welt zu erzeugen und diesen dort durch Elektrolyse in Wasserstoff zu verwandeln. Dieser lässt sich dann mit CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre zu synthetischem Erdgas verwandeln. Dieses ‚grüne Erdgas‘ kann man verflüssigen und nach Europa transportieren. Nutzbar wäre die bestehende Infrastruktur, die heute für fossiles Erdgas im Einsatz ist. Der nächstgelegene denkbare Standort für solche Anlagen ist die Sahara. Zwar gibt es die Idee der massenhaften Stromerzeugung über Solarpanels dort vor rund zehn Jahren schon einmal, ‚Desertec‘ scheiterte unter anderem am Transport des Stroms. Doch die Idee, die gewonnene Energie zur Erzeugung von Wasserstoff oder auch Ethan zu verwenden, verhilft dem Projekt derzeit ein Revival, Desertec 2.0 sozusagen.“

Die Durchführung dieser Lösung ist an vielerlei zu erfüllende Nebenbedingungen gebunden, von denen beispielsweise die folgenden aufgelistet seien:

- Die **technische Durchführbarkeit** des Projekts, zum Beispiel die Robustheit der Anlagen gegenüber wetterbedingter Fährnisse, die Beschaffung des dafür nötigen Wassers, die Logistik der Aufstellung und Wartung, die Errichtung des Energietransportsystems u.v.a.m.
- Die **Organisation**, welche nur von einem großen Staat allein, am besten aber von einem Staatenverbund bewältigt werden muss.
- Die Wahrung der **politischen und rechtlichen Sicherheit** zwischen den Beziehern der Energie und den Staaten, auf denen die Anlagen errichtet sind.
- Die Schaffung einer **Win-win-Situation** sowohl für die Bezieher der Energie auf dem europäischen Festland wie auch für die afrikanischen Staaten, die ebenfalls von dieser Energie sowie von weiteren damit in Verbindung stehenden Investitionen in ihre Infrastruktur Nutzen ziehen können.



# Mit nachhaltigen ökonomischen Maßnahmen die Krise überwinden

*Auszug aus: „Dritte Ad-hoc-Stellungnahme: Coronavirus-Pandemie – Die Krise nachhaltig überwinden“  
erstellt von der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina am 13. April 2020*

Die als akute Reaktion von der Bundesregierung ergriffenen Maßnahmen zur Vermeidung einer Ausbreitung der Infektion, insbesondere die Einschränkungen der individuellen Bewegungsfreiheit der Bundesbürger, die strengeren Grenzkontrollen, die Schließung von Geschäften, Restaurants, Hotels, usw., die Absage von Freizeitveranstaltungen und ähnliche Bestandteile des „Shutdown“ sind unabhängig von Debatten über ihre Umsetzung im Detail zweifellos notwendig. Zugleich hat die Gesundheitspolitik zielgerichtet reagiert und bemüht sich, beispielsweise die intensivmedizinische Versorgung zu verstärken, die Testkapazitäten zu erhöhen und Schutzmaterialien zur Verfügung zu stellen.

Der wirtschaftliche Schock durch die Coronavirus-Pandemie zeigt sich sowohl auf Seiten des gesamtwirtschaftlichen Angebots als auch auf Nachfrageseite; er ist aber nicht zuletzt das Ergebnis dieser gesundheitspolitischen Strategien. Auf der Angebotsseite wirken eine Unterbrechung der Wertschöpfungsketten und eine Reduktion des Arbeitsangebots. Auf der Nachfrageseite stockt der Absatz von Produkten allgemein, vor allem aber in den durch den „Shutdown“ besonders stark betroffenen Sektoren wie dem Einzelhandel, dem Gastgewerbe, der Transportwirtschaft und der Freizeit-, Tourismus- und Veranstaltungswirtschaft.

Die Politik hat darauf wirtschaftspolitisch mit im Umfang bisher nicht gekannten Gegenmaßnahmen reagiert. Je länger der „Shutdown“ jedoch dauert, umso weniger lassen sich gravierende ökonomische Folgen vermeiden. Umso wahrscheinlicher werden dann zahlreiche Insolvenzen und eine höhere Arbeitslosigkeit. Vermögensverluste treffen breite Schichten, soweit sie Ersparnisse insbesondere für die Altersversorgung gebildet haben. Viele Solo-Selbständige und kleine Familienunternehmen haben ihre Umsätze teilweise vollständig eingebüßt. Viele Betroffene haben nur geringe Rücklagen. Der deutsche Sozialstaat sieht hier als Absicherung nur die Leistungen aus der Grundsicherung vor. Generell sollte nicht übersehen werden, dass mit Blick auf die Coronavirus-Pandemie soziale Ungleichheiten eine große Rolle spielen. So sind Kontakt- und Ansteckungsrisiken und noch mehr die psychischen und ökonomischen Auswirkungen der Krise sozial sehr ungleich verteilt.

## **Von der nationalen Ebene zur europäischen Gemeinsamkeit und internationalen Kooperation**

Eine Krise ist immer die Stunde der Exekutive. Deren Macht nimmt überall zu. So unvermeidbar das derzeit erscheint, so notwendig ist es, alles zu tun, um die demokratische Debattenkultur, die Parteienkonkurrenz und die entscheidende Funktion der Parlamente trotz eingeschränkter Öffentlichkeit zu bewahren. Die Bewältigung der Krise erfordert oft schnelle Entscheidungen für das ganze Land, womit sie eine Zentralisierung der Macht bewirkt. Gleichzeitig zeigt sich der Vorteil des kooperativen Föderalismus der Bundesrepublik: Er erlaubt die notwendige Differenzierung nach regionalen Gesichtspunkten, fördert die produktive Konkurrenz um die besten Lösungen und führt zumeist über Kompromisse zur notwendigen Gemeinsamkeit in den Ergebnissen. Aufgrund der gegenwärtigen Erfahrungen erscheint dennoch eine behutsame Stärkung von Bundeskompetenzen in Krisensituationen als wünschenswert, nicht zuletzt, um die Akzeptanz der ergriffenen Maßnahmen nicht durch schwer begründbare Vielfältigkeit zu gefährden.

Diese Krise ist zugleich die Stunde der Nationalstaaten. Deren Wirkungskraft ist, wie sich zeigt, ungebrochen. Nur die Nationalstaaten scheinen bislang über die Legitimationsgrundlagen, Ressourcen und Handlungsfähigkeiten zu verfügen, um solch weitreichende Interventionen durchzuführen. Aber dies erfordert ergänzende Schritte. Das Ausmaß und das Gegeneinander der nationalstaatlichen Machtausübung, Selbstdarstellung und Abgrenzung – bis hin zur Wiederbelebung älterer stereotyper Feindbilder – sind besorgniserregend. Denn zum einen ist unbestreitbar, dass die gegenwärtige Krise eine grenzüberschreitende Herausforderung darstellt, die letztlich nur mit grenzüberschreitender Kooperation bewältigt werden kann. Zum anderen ist es weiterhin Staatsziel und im wohlverstandenen Interesse der Bundesrepublik Deutschland, die Integration Europas zu befördern. Die gegenwärtige Krise lässt die Uneinigkeit der europäischen Länder in besonderer Schärfe hervortreten. Gleichzeitig bietet sie aber – durch ihren Ausnahmecharakter – besondere politische Chancen, europäische Gemeinsamkeit neu zu beleben. Die Bundesregierung sollte diese Chance wahrnehmen und mit der Krise in höherem Maße europäisch-solidarisch umgehen als dies in deren erster Phase geschah, u.a. in Form grenzüberschreitender Hilfeleistungen und anderer Schritte zur gemeinschaftlichen Krisen-bekämpfung. Gleichzeitig ist für das Exportland Deutschland eine langfristige Schwächung der Wirtschaft unserer wichtigsten Partnerländer schädlich. Somit ergibt sich selbst rein wirtschaftlich ein geteiltes Interesse am gemeinsamen Handeln. Gelingt dies nicht, droht die weitere Desintegration der Europäischen Union.

Die aktuelle Krise verstärkt zudem eine oft generelle Globalisierungskritik. Zweifellos erhöht die starke Abhängigkeit von Weltmärkten und die Transnationalisierung von Lieferketten die Anfälligkeit für globale Krisen. Die vielfältige, nicht nur wirtschaftliche globale Vernetzung sollte vor allem in der Wirtschaft selbst Anlass sein, über kontrollierbare Außenbeziehungen nachzudenken. Die Pandemie macht deutlich, dass nachhaltig globalisierte Verflechtungszusammenhänge bestehen, die durch gemeinsame, Nationalstaaten und Kontinente übergreifende, multilaterale Anstrengungen besser koordiniert werden sollten.

## **Auf nationaler und europäischer Ebene die Krise nachhaltig bewältigen**

Viel hängt davon ab, dass es gelingt, die Eindämmung der Pandemie und den Schutz der Gesundheit und des Lebens der Bürgerinnen und Bürger mit einer schrittweisen Wiederaufnahme wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aktivität zu verbinden. Die dargelegten hohen Kosten und Nebenkosten des „Shutdown“ implizieren, dass selbst extrem hohe Investitionen in die Bekämpfung der Pandemie und den Gesundheitsschutz wie etwa großflächige Tests und hoher Personaleinsatz im Gesundheitssystem lohnend sind und Unterstützung verdienen.

In der Phase der allmählichen Lockerung darf es nicht wieder zu einem raschen Anstieg der Infektionszahlen kommen. Die Mortalitätsrate hängt insbesondere von der Leistungsfähigkeit und der Spitzenbelastbarkeit des Gesundheitssystems ab. Es ist daher eine Gratwanderung zu leisten. Eine Reihe von konkreten Maßnahmen hat die Leopoldina in ihren beiden bisherigen Stellungnahmen skizziert. Zu den wirksamsten Maßnahmen gehören dabei das Tragen von Mund-Nasen-Schutz, flächendeckendes Testen, die Verwendung mobiler Daten und die Identifizierung der Infizierten sowie die Entwicklung von Therapien, die zusammengenommen das System so lange stabilisieren, bis ein wirksamer Impfstoff gefunden ist.

Angesichts der tiefen Spuren, welche die Coronavirus-Krise hinterlassen wird, vor allem aber wegen der mindestens ebenso bedrohlichen Klima- und Biodiversitäts-Krise kann es nicht einfach eine Wiederherstellung des vorherigen Status geben. Nicht zuletzt gilt es, aus den Erfahrungen mit der Coronavirus-Pandemie und ihren Ursachen Lehren für die Zukunft zu ziehen. Die generelle Zunahme der Bevölkerung, Urbanisierung und globale Mobilität, die Vernichtung und Abnahme der Widerstandsfähigkeit von Ökosystemen durch Landnutzungsänderungen und der Klimawandel tragen wesentlich zum Ausbruch von Epidemien und Pandemien bei.

Staatliche Maßnahmen, die nach dem Abklingen der Pandemie wirtschaftliche Tätigkeit wieder anstoßen, sollten daher die Kriterien der Nachhaltigkeit in den Vordergrund stellen. Mit einer nachhaltigen Ausrichtung der jetzt getätigten Investitionen und Programme entstände die Freiheit der Beteiligten, die notwendigen Änderungen auf eine den jeweiligen lokalen und zeitlichen Gegebenheiten angemessene Weise umzusetzen, dringend nötige Technologieoffenheit beispielsweise bei der Energiewende herzustellen, regionale und globale Stoffkreisläufe zu schließen etc. Wird diese Chance vertan, so dürfte auf Grund der Größe der jetzigen Wirtschaftsprogramme ein später nötiges drastischeres Umsteuern extrem schwierig werden. Daher liegt in der Wahrnehmung dieser historischen Chance eine kaum zu überschätzende Verantwortung der Handelnden. Notwendig ist dabei eine transparente Kostendiskussion, die auch die massiven externen Kosten von Klima-, Umwelt- und nicht zuletzt daraus resultierenden Gesundheitsschäden berücksichtigt.

Konkret wird es zunächst darum gehen, wirtschaftliche Aktivitäten so anzustoßen, dass die in diesem Jahr unvermeidliche Rezession nicht zu stark ausfällt, die Wirtschaft wieder auf einen Wachstumspfad zurückkehrt. Dieser sollte allerdings stärker als zuvor von Prinzipien der Nachhaltigkeit bestimmt sein, nicht zuletzt, weil hierin enorme Potentiale für die wirtschaftliche Entwicklung liegen. Dies erfordert ein entschiedenes Handeln von Seiten der Wirtschaftspolitik. Aller Voraussicht nach werden jenseits der jetzt getroffenen Maßnahmen und trotz der im System angelegten automatischen Stabilisatoren (geringere Steuereinnahmen, arbeitsmarktpolitische Maßnahmen) weitere konjunkturpolitische Maßnahmen erforderlich sein. Dazu gehören auf der Einnahmeseite steuerpolitische Instrumente, wie die Einführung von Verlustrückträgen und die Erleichterung von Verlustvorträgen für Unternehmen (Abschaffung der Mindestbesteuerung), ein temporärer Übergang zur degressiven Abschreibung und das Vorziehen der Teilentlastung beim Solidaritätszuschlag. Die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags sollte erwogen werden. Auf der Ausgabenseite liegen vor allem staatliche Investitionen sowie der Abbau klima- und umweltschädlicher Subventionen auf der Hand. Dabei sollten strukturpolitische Zielsetzungen, etwa im Hinblick auf die öffentliche Daseinsvorsorge und den Schutz von Gemeinschaftsgütern speziell in den Bereichen Gesundheits-, Klima- und Ökosystemschutz, vorrangig berücksichtigt werden.

### **Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Stabilisierung nutzen**

#### ***Nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik:***

Kurzfristig: Während der derzeit geltenden gesundheitspolitischen Maßnahmen muss die Wirtschaftspolitik vor allem Hilfen zur Überbrückung der schwierigen Situation bereitstellen. Dazu gehören Kurzarbeit, um Massenarbeitslosigkeit mit ihren erheblichen negativen Konsequenzen zu verhindern, Liquiditätshilfen, Steuerstundungen und Zuschüsse, um Insolvenzen zu reduzieren. Staatliche Beteiligungen sollten nur im äußersten Notfall zur Stabilisierung von Unternehmen eingesetzt werden und ohne zusätzliche industriepolitische Ziele auskommen, ggf. sollten sie eher als stille Beteiligungen ausgestaltet sein.

Mittelfristig: Mit dem Auslaufen der jetzigen gesundheitspolitischen Maßnahmen werden weitere expansive fiskalpolitische Impulse notwendig sein. Auf der Einnahmeseite könnten dies Steuererleichterungen sein, das Vorziehen der Teilentlastung des Solidaritätszuschlags oder seine vollständige Abschaffung. Auf der Ausgabenseite sind neben vorhandenen Stabilisatoren, wie der Arbeitslosenversicherung, zusätzliche Mittel für öffentliche Investitionen, beispielsweise im Gesundheitswesen, der digitalen Infrastruktur und dem Klimaschutz, wichtig.

#### ***Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik:***

Die Krise erfordert im höchsten Maße ein europäisch-solidarisches Handeln. Eine gemeinschaftliche Krisenbekämpfung umfasst beispielsweise die Gewährleistung der Liquidität durch die Europäische Zentralbank (EZB), finanzielle Unterstützung aus dem EU-Haushalt und Programme der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie eine Kreditlinie mit auf die

Pandemiefolgen fokussierter Konditionalität durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM). Für das Exportland Deutschland ist ein starkes und geeintes Europa unverzichtbar.

### ***Weichen stellen für Nachhaltigkeit***

Alle politischen Maßnahmen, die nicht der unmittelbaren Rettung von Unternehmen dienen, müssen sich auf nationaler wie internationaler Ebene an dem Prinzip der Nachhaltigkeit orientieren. Daher müssen die folgenden Maßnahmen, die auf einer breiten wissenschaftlichen Evidenz und einem breiten gesellschaftlichen Konsens beruhen, weiterhin mit hoher Priorität umgesetzt werden. Der Aufbau einer klimafreundlichen Wirtschaft und eine konsequente Mobilitäts- und Landwirtschaftswende setzen wesentliche Impulse für Innovation und Wachstum. Dazu gehören die umgehende Einführung eines Preises für fossiles CO<sub>2</sub>, die schnellstmögliche Verabschiedung und Umsetzung der nationalen Wasserstoffstrategie sowie die Neuregelung des Strommarktes. Ziel muss ein starker europäischer „Green Deal“ bleiben.

### ***An einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung festhalten***

Die in der Krise getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen müssen sobald wie möglich zugunsten eines nachhaltigen Wirtschaftens im Rahmen einer freiheitlichen Marktordnung rückgeführt oder angepasst werden. Dazu gehören der Rückzug des Staates aus Unternehmen, sofern krisenbedingt Beteiligungen stattfanden, und der Abbau der Staatsverschuldung. An der Schuldenbremse ist im Rahmen ihres derzeit geltenden Regelwerkes festzuhalten. Dies erlaubt, gerade in so besonderen Zeiten wie diesen, eine deutlich höhere Verschuldung, verlangt aber bei Rückkehr zur Normalität wieder deren Rückführung.

### **Mitglieder der Arbeitsgruppe**

Prof. Dr. Dirk Brockmann, Institut für Theoretische Biologie, Humboldt-Universität Berlin  
Prof. Dr. Horst Dreier, Lehrstuhl für Rechtsphilosophie, Staats- und Verwaltungsrecht, Universität Würzburg  
Prof. Dr. Lars Feld, Walter Eucken Institut und Universität Freiburg im Breisgau  
Prof. Dr. Klaus Fiedler, Psychologisches Institut, Universität Heidelberg  
Prof. Dr. Bärbel Friedrich, ehem. Vizepräsidentin der Leopoldina, Mikrobiologie, Humboldt-Universität Berlin  
Prof. Dr. Clemens Fuest, Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München  
Prof. Dr. Peter Gumbsch, Karlsruher Institut für Technologie und Fraunhofer-Institut für Werkstoffmechanik IWM, Freiburg  
Prof. Dr. Marcus Hasselhorn, DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation, Frankfurt a.M.  
Prof. Dr. Gerald Haug, Präsident der Leopoldina, Max-Planck-Institut für Chemie, Mainz  
Prof. Dr. Jürgen Kocka, Friedrich-Meinecke-Institut, Freie Universität Berlin  
Prof. Dr. Olaf Köller, Leibniz-Institut für die Pädagogik der Naturwissenschaften und Mathematik, Kiel  
Prof. Dr. Thomas Krieg, Vizepräsident der Leopoldina, Medizinische Fakultät, Universität Köln  
Prof. Dr. Heyo Kroemer, Vorstandsvorsitzender der Charité Universitätsmedizin Berlin  
Prof. Dr. Thomas Lengauer, Mitglied des Präsidiums der Leopoldina, Max-Planck-Institut für Informatik, Saarbrücken  
Prof. Dr. Jürgen Margraf, Fakultät für Psychologie, Ruhr-Universität Bochum  
Prof. Dr. Christoph Marksches, Theologische Fakultät, Humboldt-Universität Berlin  
Prof. Dr. Wolfgang Marquardt, Vorstandsvorsitzender Forschungszentrum Jülich in der Helmholtz-Gemeinschaft  
Prof. Dr. Karl Ulrich Mayer, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin  
Prof. Dr. Reinhard Merkel, Seminar für Rechtsphilosophie, Universität Hamburg  
Prof. Dr. Thomas Mettenleiter, Präsident des Friedrich-Loeffler-Instituts, Greifswald-Insel Riems  
Prof. Dr. Armin Nassehi, Institut für Soziologie, Ludwig-Maximilians-Universität München  
Prof. Dr. Manfred Prenzel, Zentrum für Lehrer\*innenbildung, Universität Wien  
Prof. Dr. Jürgen Renn, Max-Planck-Institut für Wissenschaftsgeschichte, Berlin  
Prof. Dr. Frank Rösler, Mitglied des Präsidiums der Leopoldina, Institut für Psychologie, Universität Hamburg  
Prof. Dr. Robert Schögl, Fritz-Haber-Institut der Max-Planck-Gesellschaft, Berlin  
Prof. Dr. Claudia Wiesemann, Institut für Ethik und Geschichte der Medizin, Universitätsmedizin Göttingen

# Reaktionen

## Anmerkungen und Vorschläge

übermittelt von Dipl. Ing. Klaus Ortner, Geschäftsführer bei IGO Industries GmbH, 23. April 2020

Am Ende des ersten Absatzes auf Seite 3 behauptet „Presse“-Wissenschaftsressortleiter Josef Urschitz, es werde „sehr viel umlaufendes Geld auf ein sehr verknapptes Warenangebot treffen, was entsprechende Auswirkungen auf die Preisbildung“ habe.

Diese Aussage ist sehr zu bezweifeln. Denn es mag zwar viel gebunkertes Geld geben, aber es mangelt an umlaufendem Geld. Darum lautet die dringende Empfehlung an die Europäische Zentralbank, *Geld in gigantischem Ausmaß* zu drucken und an die Staaten *freihändig* zu verteilen – am besten in dem Verhältnis der Bruttonationalprodukte der Staaten zueinander, möglicherweise mit stärkerer Gewichtung auf von der Coronakrise stärker befallenen Staaten wie Italien oder Spanien. (Eine schnelle Entwertung des Geldes ist aufgrund der Position des Euro als Leitwährung nicht zu befürchten; die amerikanische Geldpolitik ist schon seit jeher, und immer erfolgreich, nach diesem Muster vorgegangen.)

Mit dem Geld sind die Staaten verpflichtet, wie es auf Seite 5 formuliert wurde, für eine breite Rezeption nachhaltiger und zukunftsweisender Bedürfnisse zu sorgen und einen tragfähigen Rahmen für *massive Investitionen* zu schaffen und auch, dies sei ergänzend hinzugefügt, *mit Steueranreizen* die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen. Es seien nur die besonders wichtigen Beispiele

- der Bauwirtschaft,
- des Tourismus,
- der Exportwirtschaft

genannt.

Allein am Beispiel der *Bauwirtschaft* kann nicht genug betont werden, dass nicht früh genug mit neuen, breit gestreuten und umfassenden Aufträgen begonnen werden sollte. Denn im Jahr 2020 werden zwar die noch jetzt laufenden Projekte weitergeführt und zu Ende gebracht, aber bei einer Zäsur der Auftragsvergaben droht das Jahr 2021 für die Bauindustrie existenzbedrohend zu werden. Und ein Zusammenbruch der Bauwirtschaft hätte auf alle übrigen Wirtschaftszweige verheerendste Folgen. Die Devise muss lauten: *Nicht morgen, sondern heute planen*.

An kreativen Ideen darf es nicht mangeln. So könnte man sich zum Beispiel für die Belebung des *Tourismus* dazu entschließen, allen Österreichern mit einem Monatseinkommen bis zu 3.500 Euro – der Betrag ist hier willkürlich genannt, es sollen bloß jene, die es sich ohnehin leisten können, ausgenommen sein – Gutscheine für österreichische Hotels zu verschenken (verbunden mit der Überprüfung, dass mit ihnen kein fauler Handel getrieben wird).

Andererseits ist selbstverständlich

- auf Akzeptanz,
- auf Sinnhaftigkeit und
- auf Nachhaltigkeit

zu achten. Wenn zum Beispiel auf Seite 16 auf das Energiemanagement im *Verkehr* Bezug genommen wird, steht dort zurecht, dass man Elektromobilität nur unter der Voraussetzung vorantreiben soll, dass sowohl die Herkunft der dafür nötigen elektrischen Energie aus nichtfossilen Quellen gegeben ist wie auch die Problematik der Herstellung und Entsorgung der dafür nötigen Batterien gelöst ist. So gesehen scheint es, dass sich die Option für Wasserstoff auf lange Sicht doch als bessere Wahl erweisen wird.

Bei der auf den Seiten 17 bis 19 abgedruckten Stellungnahme der Leopoldina ist natürlich zu beachten, dass diese auf die deutsche und nicht auf die österreichische Situation Bezug nimmt.

Jedenfalls sei festgehalten, dass die am Ende des Fragenblocks 2 auf Seite 6 über die zu tätigen Investitionen in Klammer gesetzte Forderung, sie „*sollten offenkundig möglichst bald in Gang gebracht werden, bevor ein möglicher Abschwung Fahrt annimmt*“, nicht beiläufig in Klammer geschrieben, sondern, in möglichst dicken Lettern gedruckt, als Leitsatz vorangestellt werden muss.

# Gedanken(splitter) zur Corona-Krise

*Prof. Dr. Christian Hederer. Fachbereich Wirtschaft, Informatik, Recht. TH Wildau, 24. April 2020*

## **Zur makroökonomischen Situation:**

Aus makroökonomischer Perspektive betreten wir angesichts der schieren Volumens der fiskal- und geldpolitischen Eingriffe und der Tatsache, dass sich die Staatsverschuldung der Industrieländer schon vor der Krise auf einem Rekordhoch befand, Neuland. Staatliche Engagements dieses Ausmaßes sind in Marktwirtschaften bis jetzt, wenn überhaupt, nur aus Kriegszeiten bekannt, und sie werden wie auch jene mit hoher Wahrscheinlichkeit längerfristige Konsequenzen aufweisen, auch wenn sich optimistischere Szenarien einer relativ schnellen Überwindung der Wirtschaftskrise im engeren Sinne bewahrheiten sollten. Aus meiner Sicht stellen sich in Zusammenhang mit diesen Maßnahmen zumindest zwei grundsätzliche, und miteinander verbundene, Fragen (die hier natürlich nur angedeutet werden können).

### *1. Die Natur des Geldes und die längerfristige Funktionsfähigkeit einer ungedeckten Papierwährung*

Das gegenwärtige Regime ungedeckter Papierwährungen ist wirtschaftshistorisch gesehen relativ jungen Datums (in reiner Form seit Aufgabe der Anbindung des US-Dollars an Gold in den frühen 1970er Jahren). Pessimistische Vorhersagen hyperinflationärer Tendenzen haben sich bis jetzt zumindest in den etablierten Industriestaaten nicht bewahrheitet, was aber nur zeigt, dass die bisher praktizierte künstliche Verknappung liquider Mittel durch entsprechende institutionelle Regelungen (z.B. Inflations- und Geldmengenziele) bis jetzt relativ gut funktioniert hat. Genau diese Regelungen scheinen mir im Zuge der geldpolitischen Tendenzen seit 2008/09 (massive Zinssenkungen, Wertpapierkäufe durch Notenbanken, welche einer direkten Staatsfinanzierung immer näher kommen), die seit März 2020 weltweit nochmals radikalisiert wurden, zunehmend in Frage gestellt.

Dazu kommt die im Zuge der Krise weiter massiv ansteigende Staatsverschuldung, die mit konventionellen Mitteln budgetärer Konsolidierung kaum noch bewältigbar sein wird, auch bei einer Rückkehr zu guten Fundamentaldaten. Die Kontrolle dieser Verschuldung wird die bereits vor der Krise bestehenden Verwerfungen des Systems (Negativzinsen, aufgeblähte Zentralbankbilanzen) nochmals verschärfen und unter Umständen radikalere Maßnahmen erzwingen: deutlich höhere Inflationsraten – die normalerweise aber nur unter Bedingungen einer wachsenden Wirtschaft und Nachfrage zu erzielen sind – und/oder massive Schuldenschnitte mit entsprechenden Konsequenzen für das Finanzsystem. Beide Fälle könnten mit einem grundsätzlichen Vertrauensverlust in die ungedeckte Papierwährung einhergehen und damit letztlich in eine – in ihrer konkreten Ausprägung natürlich sehr schwer zu prognostizierende – Währungsreform führen. Die historischen Erfahrungen mit Währungsreformen, insbesondere ihren Verteilungseffekten, werfen dann auch die Frage nach der Stabilität des politischen Systems auf.

### *2. Die Natur des künftigen Wirtschaftssystems*

Entgegen der vielfach geäußerten Kritik am „Neoliberalismus“ und einer angeblich radikalisierten Marktwirtschaft entfernen wir uns eigentlich schon seit der Krise 2008/09 immer weiter von ordnungspolitischen Grundprinzipien, wie sie etwa den wirtschaftlichen Erfolg der BRD bis 1989 entscheidend mitbestimmt haben. Die Niedrigzinspolitik der Notenbanken schwächt die entscheidende Selektionsfunktion von Kapitalmärkten für erfolgreiche unternehmerische Projekte massiv ab und verwischt die Grenzen solider Staatsfinanzen. Sie legt gleichzeitig die Grundlage für das jetzige extreme Volumen der staatliche Unterstützungsmaßnahmen, die kurzfristig durchaus rechtfertigbar sein mögen, aber längerfristig kaum einfach rückgängig gemacht werden, sondern den Charakter des künftigen marktwirtschaftlichen Systems maßgeblich prägen dürften. Die Krise könnte damit zu einem Beschleunigungsmoment einer bereits zuvor bestehenden Tendenz zu mehr Staatsintervention werden – sei dies in Form einer gezielten Unterstützung strategischer Sektoren nach dem erfolgreichen Vorbild Chinas, von mehr Protektionismus und einer Regionalisierung des Welthandelssystems, von stärkeren Umverteilungsmaßnahmen und einem wieder steigenden staatlichen Engagement in der Erbringung bestimmter (nicht zuletzt gesundheitlicher) Dienstleistungen und nicht zuletzt auch von sehr konkreten und gezielten Eingriffen in Einzelmärkte (wie etwa der mittlerweile in Kraft stehenden Mietpreisdeckelung in Berlin). Nach aller bisherigen Erfahrung wird diese Entwicklung den Anstieg des materiellen Wohlstands zumindest nach konventionellen Maßstäben signifikant bremsen. Möglicherweise findet diesbezüglich in Bevölkerung und Politik aber ein grundsätzlicherer Prioritätenwechsel statt: weg von der Orientierung an Idealen wie Freiheit, Konkurrenz und Selbstverwirklichung und hin zu mehr kollektiven und sicherheitsorientierten Einstellungen (siehe auch unten).

## **Zu Konsum und (Arbeits-)Kultur:**

Ich stimme den Kommentatoren in Ihrem Papier zu, die längerfristige Änderungen infolge der Krise auch für die Konsum- und Arbeitskultur für wahrscheinlich halten.

Möglicherweise zeigt die Krise die Validität traditioneller „Überkonsumptions“-Thesen auf, welche unsere Konsumbedürfnisse für größtenteils künstlich, weil primär von profitorientierter Werbung und sozialem Statusvergleich im Sinne eines Gefangenendilemmas getrieben, hält: In dieser Perspektive unterlaufen die Konsumenten gegenwärtig einen „Entdeckungsprozess“, der ihnen zeigt, dass es auch „mit weniger geht“ (keine Luxus-Fernreisen, kein wöchentlich neues Bekleidungsstück etc.), mit entsprechenden Konsequenzen für ihr künftiges Verhalten. Wahrscheinlicher ist aus meiner Sicht aber eine Re-Orientierung der Konsumbedürfnisse in Anpassung an die Pandemie (z.B. Spitzenköche kochen und liefern für zuhause; neue Audio-Technologien für echte Konzert-Erlebnisse im Wohnzimmer etc.), die kurzfristig große Anpassungs- und Umstrukturierungsnotwendigkeiten für die Unternehmen bedeuten und einen entsprechenden „Bereinigungsprozess“ (im Sinne des vielzitierten „Standard“-Interviews von R. Holzmann<sup>41</sup>) auslösen könnten. Die Arbeitskultur könnte sich viel stärker als bisher an den Möglichkeiten der Online-Kommunikation orientieren – wie überhaupt aus meiner Sicht noch zu wenig thematisiert wird, welche enorm positive Rolle das Internet bei der Abfederung der wirtschaftlichen und auch psychischen Konsequenzen der Krise gespielt hat. Die Kehrseite einer (noch) zentraleren Rolle des Internet für den Wirtschaftsprozess besteht allerdings in seiner Anfälligkeit für (neue bzw. andersartige) Krisen, insbesondere auch der Energieversorgung. Nicht umsonst hat die Internationale Energieagentur in einem rezenten Beitrag die fundamentale Rolle einer funktionierenden Elektrizitätsversorgung für die Bewältigung der derzeitigen Situation hervorgehoben.

In kultureller Hinsicht folgen auf Krisen oft eher konservative Zeiten mit einer Rückbesinnung auf traditionelle Werte wie Familie, Heimat und regionale Verwurzelung: vergleiche nur die Biedermeierzeit nach den Napoleonischen Kriegen oder das westliche Nachkriegsdeutschland bis 1968. Verbunden mit der steigenden Rolle staatlicher Autorität (siehe oben) ist aus meiner Sicht gut denkbar, dass es wieder zu einer solchen Besinnung kommt: stabilere Familien, weniger Mobilität, mehr Regionalismus und auch Nationalismus, vielleicht auch eine Rückbesinnung auf religiöse Werte (wiewohl diese im Krisenverlauf bis jetzt kaum eine Rolle zu spielen schienen). Die Bewertung dieser Entwicklungen ist natürlich Ansichtssache, aber ich persönlich würde hier ein wichtiges und positives Korrektiv zu mancher Fehlentwicklung der letzten Jahre und Jahrzehnte sehen (auch und gerade, was die Rolle der Familie und die Gestaltung von Ehe und Partnerschaft betrifft) – ein Korrektiv, das letztlich auch die negativen wirtschaftlichen Folgen der Krise besser bewältigbar machen könnte.

---

<sup>41</sup> Nationalbankchef: „Sicherstellen, dass nur überlebensfähige Firmen überleben“. Notenbankchef Holzmann glaubt, dass die Corona-Krise auch positive Reinigungskräfte freisetzen wird und die Wirtschaft gestärkt daraus hervorgeht. Der Standard vom 18. März 2020

# Das Wirtschaftsvirus

*Die Wirtschaftswelt in Österreich und Wien vor, während und nach Corona*

*Dr. Alexander Biach, Christian Wenzl, Wirtschaftskammer Wien, vom 29.4.2020 (Erstentwurf)*

## 1. Und man hoffte schon ... (Die Wirtschaftsstimmung vor Corona)

Die Sonne kommt langsam durch. Es war eine große Erleichterung, als am 15. Jänner Donald Trump mit Liu He, dem chinesischen Vizepremier, das sogenannte Phase-One-Abkommen unterzeichnete und damit einen ersten Schritt in Richtung Lockerung des seit Jahren immer weiter aufgeschaukelten Handelskriegs zwischen den USA und China setzten.

Die Strafzölle, unter denen schließlich die gesamte Weltwirtschaft litt, wurden gestoppt, wenn auch noch nicht zurückgefahren<sup>42</sup>. Aber die Wirtschaft begann sich zu freuen. Der Konjunkturstimmungsindex verbesserte sich schlagartig. Eine Erhebung des WIFO im Jänner und Februar 2020 zeigten eine Aufhellung der Unternehmensstimmung. Selbst die Brexit-Wirrungen und die neue Flüchtlingskrise an der türkischen Grenze konnten die Wirtschaftsstimmung nicht trüben. Die Zeichen standen Anfang März 2020 auf Wachstum<sup>43</sup>.

Die Stimmung an den Börsen war zumindest bis in den Februar hinein noch ausgezeichnet. Der Dow Jones befand sich auf einem Hoch von 28.000 Punkten (und erlebte am 16. 3. mit fast 3.000 Punkten Einbruch das gewaltigste Minus aller Zeiten). Die Arbeitslosenrate hatte in Österreich noch zu Beginn des Jahres auf eine drei Jahre hindurch sinkende Arbeitslosigkeit blicken können. 3,8 Millionen Menschen waren in Beschäftigung, und die Wirtschaft fragte immer mehr Stellen nach.

Und das Budget: Österreich hatte sich noch im Herbst 2019 über den endgültigen Abschluss des Jahres 2018 freuen dürfen. Erstmals nach 44 Jahren hatten wir im Jahr 2018 ein Budgetplus von 0,2 % des BIP oder 760 Millionen Euro geschrieben<sup>44</sup>. Und auch 2019 sollte mit 0,7 % oder 2,9 Milliarden Euro noch besser werden. Man näherte sich mit rund 70 % tatsächlich den Maastrichtzielen von 60 % Staatsverschuldung gemessen am BIP – und das durchaus schnell. Sogar die Stadt Wien konnte einen Überschuss für 2020 von 182 Millionen Euro prognostizieren<sup>45</sup>.

Die Stimmung in einzelnen Branchen stand auf Jubel. Die Bauwirtschaft verbuchte 2019 noch ein Plus von 9 % und auch die Anfänge 2020 waren vielversprechend. Auch dem Tourismus schien eine rosige Zukunft entgegen. Allein die Industrie verspürte schon früher im Jahr 2020 Vorboten, als die Wertschöpfungs- und Zulieferketten insbesondere aus China bereits unterbrochen wurden.

Österreich wäre in der Summe wirtschaftlich gut unterwegs gewesen. Bis das zwar stets Drohende aber doch Unerwartete eintraf: Das Virus.

## 2. Corona – stärkster Wirtschaftseinbruch der Nachkriegszeit

Mit Corona wurde alles anders. Die positiven Signale des Jahresbeginns wurden binnen weniger Tage weggefegt. Der österreichische Finanzminister Gernot Blümel hatte seine Budgetrede für Mitte März schon fertiggestellt. Er erzählte mir [Alexander Biach], wie er noch eine Woche lang daran bastelte, um doch noch etwas zu retten bis er sie schließlich wegwarf. Der vorgelegte Budgetentwurf, der noch ein Defizit von 1 % vorsah, war hinfällig. Es wird seitdem weiterhin mit einem Budgetprovisorium gearbeitet. Heute geht man von einem Defizit von 35 Milliarden Euro für 2020 oder einem Minus von 9,6 % des BIP aus, was im Übrigen zu einem Anstieg der Verschuldung auf 86,2 % führt.

Der Arbeitsmarkttraum zerplatzte ebenfalls. Innerhalb nur eines Monats stieg die Arbeitslosigkeit vom sehr guten Niveau 7,4 % (nationale Methode) auf 12,3 %, also um 65 % oder 500.000 Menschen. Man rechnet mittlerweile mit einem Anstieg auf über 13 % und einem Jahresdurchschnitt von 11 % Anstieg im Vergleich zum Jahr 2019. Hier steht vor allem der Tourismus mit einer Arbeitslosenquote von 43 % an der Spitze der Arbeitslosenzahlen. Das Instrument der Kurzarbeit wirkt und dämmt die Arbeitslosenzahlen noch ein. Ohne Kurzarbeit würde die Arbeitslosigkeit im Tourismus auf sage und schreibe 87,6 % steigen. Sehr stabil sind neben der öffentlichen Verwaltung der Finanzsektor, die Energieversorger und die Landwirtschaft.

Österreichs Branchen wurden nach dem Lockdown vom 13. März 2020 unterschiedlich hart getroffen. Es gab Bereiche, in denen das Wirtschaftsleben für 2 Monate einfach eingefroren wurde. Besonders hart traf es die Beherbergung und die Gastronomie, persönliche Dienstleistungen (wie Friseur oder Kosmetiker), Kultur, Sport, viele Teile des Einzelhandels, Reisebüros.

Den größten Wertschöpfungsverlust fährt die Industrie ein. Mit einem prognostizierten Rückgang von 13 % ihrer Wertschöpfung oder 8,5 Milliarden Euro trägt sie ein Viertel der Gesamtwirtschaftseinbußen. In der Finanzkrise war ihre

<sup>42</sup> <https://www.tagesspiegel.de/wirtschaft/leichte-entspannung-imhandelsstreit-usa-und-china-unterzeichnen-erstesteilabkommen/25436676.html>

<sup>43</sup> [https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person\\_dokument/person\\_dokument.jart?publikationsid=65802&mime\\_type=application/pdf](https://www.wifo.ac.at/jart/prj3/wifo/resources/person_dokument/person_dokument.jart?publikationsid=65802&mime_type=application/pdf)

<sup>44</sup> <https://www.diepresse.com/5698550/erstmal-seit-44-jahren-wiederein-budgetuberschuss>

<sup>45</sup> <https://www.wien.gv.at/politikverwaltung/voranschlag2020.html>

Wertschöpfung nur zwei Drittel so hoch. Während Lebensmittel- und Pharmaindustrie wenig befürchten müssen, sieht es für die Textil- und Bekleidungsindustrie, die Möbel-, Spiele- und Sportindustrie aufgrund der Nachfrageverunsicherung und der Einkommensreduktionen bei den Konsumenten schlecht aus. Auch der exportorientierten Industrie wie Kfz-Zulieferer oder Stahlindustrie brechen die Absatzmärkte weg. Die Bauindustrie und Bauwirtschaft dürften stabil bleiben.

Im Handel sind einzelne Bereiche durch den reduzierten Tourismus betroffen. Ein Ausweichen in den Online-Handel ist oft keine Alternative. 26 % der Geschäftslokalbetreiber in Wien denken über eine Kündigung ihrer Geschäftslokale nach.

Im Verkehr profitieren durchaus Kleintransporteure aus der steigenden Zahl der Onlinebestellungen. Der Güterverkehr als solcher ist eng mit der Industrieentwicklung verbunden und daher auch negativ eingestellt. Einbrüche von bis zu 15 % sind optimistische Schätzungen.

Rechtsberatungen und Steuerberater dürften die Versäumnisse aufholen können.

Absoluter Härtefall ist der Tourismus mit der Hotellerie, der Gastronomie, den Reisebüros und dem Veranstaltungswesen. Hier sind Einbrüche von bis zu 30 % zu erwarten. Jedes dritte Hotel, jeder dritte Wirt kommen da nicht ins Jahr 2021. Eng damit verbunden sind auch die Personentransporteure. Ohne Veranstaltungen und Reisen kommen weniger Autovermietungen und auch Kfz-Verkäufe zustande. Die Transporte des öffentlichen Personennahverkehrs werden staatlich erhalten. Hier entbrennt derzeit ein Streit zwischen den Bahnunternehmen, die sogenannte Bruttoverträge haben, also garantierte Zahlungssummen, für die jeder anfallende Transport abgewickelt werden muss, und Nettoverträge, wo nach Transportleistung abgegolten wird.

Aus dieser Branchenbetroffenheit resultieren auch unterschiedliche Betroffenheiten in den Bundesländern. Hier zeichnet sich ein West-Ost-Gefälle ab: Vorarlberg, Tirol, Salzburg sind starke Tourismusländer. Vorarlberg zusätzlich noch Industrieland; Oberösterreich, Steiermark gelten ebenfalls als Industriehochburgen und leiden unter dem Nachfragerückgang und dem Wegbrechen der Exportmärkte. Niederösterreich, Burgenland und Wien sind Verwaltungshochburgen und Länder mit starkem öffentlichem Dienst. Die Betroffenheit wird daher in Wien am geringsten sein.

### **3. Wie kommen wir da jetzt raus?**

Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise können wir – wenn wir ganz ehrlich sind – noch nicht abschätzen. Es war eine Herkulesaufgabe, in den letzten Wochen für Wiederöffnungen zu kämpfen und gleichzeitig Feuerwehr mit Hilfsfondsgeldern zu spielen.

Wie können wir es also jetzt aus der Krise schaffen?

*Grundsatz:* Wichtig ist, dass die schrittweise Lockerung und Wiederbelebung der Wirtschaft ohne dramatische Neuansteckungen funktioniert. Hier ist die Disziplin der Menschen gefragt, denn sonst geht es zurück an den Start. Dann würde aus einer v-förmigen Wirtschaftsbelebung, die uns ohnedies erst in 2 Jahren zu Vorkrisenniveau führen wird, eine w-förmige Bewegung.

1. *Abfangen krisenbedingter Firmenpleiten:* Nach dem Motto „von der Intensivstation zurück ins Leben“ müssen möglichst viele Unternehmen gerettet werden. Das wird möglich durch spezielle Corona-Sanierungsverfahren und die Adaptierung und Lockerung des Insolvenzrechts speziell für Corona-geschädigte Betriebe.

2. *Ankurbelung der Konjunktur:* Hier gibt es ein Füllhorn an verschiedenen Maßnahmen. Klar ist: Es müssen sowohl unternehmerische Investitionen als auch der Privatkonsum angestoßen werden. Dafür müssen Steuern runter, Bürokratie raus und öffentliche Investitionen vorgezogen werden. In Wien etwa: Der Bau des neuen Fernbusterminals, Investitionen in die Gesundheitsinfrastruktur, Breitband- und 5G-Ausbau, Straßenbau und Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Kurz gefasst: Staat, Bundesländer und Kommunen sind angehalten, groß zu investieren.

3. *Die Digitalisierung rasch und wirksam durchziehen:* Alle reden von der Digitalisierung, aber keiner hörte bisher zu. Die Corona-Krise und der Lockdown haben gezeigt, dass große und wichtige Teile der Realwirtschaft – vor allem im Gewerbe, Handel und Dienstleistungssektor – noch lange nicht im digitalen Zeitalter angekommen sind. Hier gilt jetzt das Motto: Wer online nicht dabei ist, wird bald gar nicht mehr dabei sein! Gerade der stationäre Einzelhandel braucht jetzt eine Roskur in Sachen Digitalisierung.

*Mutmacher:* Sehr positiv und überraschend war hingegen das flotte, flexible und professionelle Umschalten der Menschen, wenn es um Teleworking und Homeoffice ging. Bis zu 40 % der österreichischen Arbeitnehmer sind aktuell im Homeoffice. Vor der Krise waren es auch schon bis zu 10 % (europäischer Spitzenwert hinter Niederlande und Finnland). Das zeigt: Die Arbeitnehmer leben die Digitalisierung. Hier können die Betriebe auf Know-how, Lernbereitschaft und Flexibilität der Beschäftigten vertrauen.

*Wirklich aus der Krise führen wird uns unsere Innovationskraft:* Die menschliche Anpassungsfähigkeit, der Wille neue, auch digitale Wege zu gehen, die Fähigkeit zu Disziplin aber vor allem der innere Wille nach prosperierender Gesellschaft. Das wird Menschen dazu bringen, Lösungen für Krisen zu finden. Menschen sind Herdentiere, sie wollen Gesellschaft. Vieles ist erst dadurch möglich. Ja man könnte auch sagen: Das wahre Geheimnis so mancher Wege aus Krisen ist gesellschaftlicher Zusammenhalt. Getreu dem Motto: „Wir schaffen das!“



#### 4. Beobachtungen/Thesen zur Corona-Krise

*Fröhliche Urständ'*: Der Staat feiert in allen Bereichen ein Revival. Schon nach der Großen Depression verlangten die Bürger 1929 weitreichende Regierungsinterventionen, um die Verluste der Märkte auszugleichen. In den Siebzigerjahren war es spiegelverkehrt: Die Bürger waren enttäuscht von den staatlichen Interventionen und begannen, wieder an den Markt zu glauben. Die Finanzkrise 2008/2009 führte überraschenderweise nicht zu großem Misstrauen gegenüber dem Markt und kaum zu Forderungen nach mehr Staatsintervention.

Das Coronavirus aber wird den Staat auf ganzer Linie zurückbringen. Die Bürger vertrauen und verlassen sich auf die Regierungen, dass sie

- die kollektive Abwehr der Pandemie organisieren und
- die Wirtschaft retten:
  - o kleine und mittlere Unternehmen, Leitbetriebe, ganze Wirtschaftszweige werden mit Steuergeld gerettet und/oder teilverstaatlicht,
  - o die öffentliche Hand als Auftraggeber wird die Konjunktur stützen,
  - o die öffentliche Hand wird gleichzeitig Bürokratie und Spielregeln soweit zurückfahren müssen, dass mehr Wirtschaft möglich wird,
  - o die öffentliche Hand wird Steuern und Abgaben soweit runterfahren müssen, dass unternehmerische Investitionen und der private Konsum anspringen.

Der Staat bzw. die Regierungen werden daran gemessen, ob sie imstande ist, das alltägliche Verhalten der Menschen zu verändern und die Krise zu meistern.

*Nationalstaaten bekommen wieder mehr Gewicht*: Nichts zeigt es besser als die geschlossenen Grenzen innerhalb Europas, dass die Corona-Krise nicht auf europäischer, sondern auf nationaler Ebene und mit unterschiedlichen Konzepten bekämpft wird.

Das ist nach Finanzkrise, Ukraine Konflikt, Brexit nun ein weiterer großer Rückschlag für Glaubwürdigkeit und Anspruch der Europäischen Union.

*Die EU als Opfer von Covid-19*: Die Europäische Union muss hier an Lösungen arbeiten, sonst besteht tatsächlich die große Gefahr eines baldigen Zerfalls. Die EU muss jetzt viele Antworten auf Fragen liefern:

- Wie sieht der „Marshall-Plan“ der Europäischen Union für die Zeit nach der Corona-Pandemie aus?
- Wie wird eine Reindustrialisierung bzw. Wiederansiedlung system- und krisenrelevanter Produktionen gelingen?
- Welche konkreten Maßnahmen wird die EU zum Ausbau der digitalen Infrastruktur setzen?
- Wie will sie im Wettkampf mit internationalen Online-Giganten zum Schutz der europäischen Realwirtschaft gewinnen?

*Hochzeit von Experten und Wissenschaftern*: Konterkarierend zu mehr Nationalstaatlichkeit bewirkt die Corona-Pandemie ein Zurückdrängen des Populismus. Das oft postulierte postfaktische Zeitalter ist abgesagt bzw. liegt mit Covid-19 zumindest auf der Intensivstation. Denn die Menschen vertrauen auf Wissenschaft, Daten, Zahlen und Fakten, wenn das eigene Leben in Gefahr ist. Das führt gleichzeitig zu einer Renaissance der Professionalität und drängt den Populismus ein gutes Stück weit aus dem Leben der Menschen.

Und das wiederum bietet die Chance, Strukturen zu überdenken, Reformen umzusetzen und eine bessere Zukunft zu ermöglichen.

*Panik*: Die Corona-Krise ist anders als andere Krisen. „Ja, Panik“, nach diesem Motto agieren Regierungen erfolgreich im Umgang mit der Pandemie. Finanzkrise, Terror, Islamischer Staat, Flüchtlingskrise: immer setzten Regierungen auf Beruhigung und rieten: „Keine Panik! Ändern Sie ihren Alltag nicht!“ Jetzt ist alles anders. Denn Politiker rund um den Globus sagen ihren Bürgern: „Ja, es ist sehr gefährlich. Ändert euer Verhalten und bleibt zu Hause.“

#### 5. Lehren für Unternehmen

1. *Kein Unternehmen ist sicher vor Krisen*: Egal ob Kosmetikerin, Gastronom, Industriebetrieb oder Fluglinie – alle können von externen Krisen getroffen werden. Wer das versteht, kann Vorkehrungen treffen, die in der Krise helfen. Und hier gilt: Die unternehmerische Eigenkapitaldecke muss mittelfristig (bis zur nächsten Krise) dicker werden.

2. *Menschen brauchen Halt und Plan*: In Zeiten großer Unsicherheit braucht es Menschen und Marken, die Sicherheit ausstrahlen. In erster Linie sollten das in Zeiten von Corona Politiker sein. Aber auch Unternehmen und Marken können Halt geben. Starke Marken geben den Menschen Halt, weil sie Haltung zeigen.

3. *Vertrauen ist in Krisenzeiten die wichtigste Währung*: Loyalität muss man sich hart erarbeiten und kann man nicht kaufen, aber Loyalität bringt Umsatz. Und Loyalität kann in Krisenzeiten dafür sorgen, unternehmerisch zu überleben.

*4. Internetpräsenz ist überlebenswichtig:* Wer im Internet nicht sichtbar ist – das gilt ganz besonders für den Online-Versandhandel – wird es künftig noch viel schwerer haben. Die Konsumenten sind jetzt sensibilisiert für lokale Alternativen im World-Wide-Web.

*5. Homeoffice ist die Zukunft:* Teleworking und Homeoffice haben sich binnen kürzester Zeit so stark und tief in der Arbeitswelt verwurzelt, dass es kein Zurück mehr gibt. Es drängen jetzt zudem Generationen von Digital Natives in den Arbeitsmarkt, für die dieses Arbeiten völlig normal ist.

Gleichzeitig führt das Homeoffice dazu, dass der Business- und Pendlerverkehr deutlich reduziert wird. Jetzt geht es darum, die Infrastruktur mit Breitband und 5G so auszubauen, dass sie immer sicherer und leistungsstärker wird.